

Betriebsmassenkämpfe führen zum Sieg

Schlesische und ober-schlesische Proletarier, organisiert den Kampf für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung — Befundet euren Kampfwillen durch Wahl der Liste 4

Breslau, 12. September 1930.

Die wichtigsten Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Parteipresse und den A.O.B.-Gewerkschaftsblättern sagen den Arbeitern: Wählt Liste 1, heißt den Einfluß der Sozialdemokratie im Staate zu vergrößern, und es wird euch besser gehen. — Wir zitieren einige charakteristische Stellen:

Im offiziellen Wahlaufsatz des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes heißt es: „Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft! Eure Parole muß sein: Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion! Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten! Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!“

Der „Grundstein“ schreibt: „Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Fortschritts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte! Deshalb am 14. September die Stimme jedes Arbeiters und seiner wohlberechtigten Familienmitglieder der Sozialdemokratie!“

Der „Maler“ schreibt ohne große Umschweife und ohne irgend welche politische oder gewerkschaftliche Begründung: „Scharf ist es allen, über auch allen ein, daß es vollkommen zwecklos ist, in der Wahl der Freie auf dem Zettel lange zu wählen. Es soll direkt von oben begonnen und das Kreuz sofort in den obersten Kreis gemacht werden. Dann ist alles in Ordnung, technisch und auch politisch.“

Mit diesen Veröffentlichungen versuchen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten den Arbeitern vorzutuscheln, als sei es möglich, mit Hilfe des Stimmzettels, ohne Lohnkampf, ohne Streik, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Proletarier zu verbessern.

Ohne Kampf keine Erfolge!

Wäre der Wunsch der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in Erfüllung, begnügen sich die Arbeiter damit, am 14. September einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen und im übrigen alle Hoffnungen auf das Parlament zu setzen, so werden die Unternehmer in der Lage sein, die Ausbeuterungsöffensiv gegen das Proletariat weiter mit Erfolg fortzusetzen.

Ein Fünftel des Lohnes ist bereits flöten

Mit welchem Erfolg es den deutschen Unternehmern dank der kräftigen Unterstützung der Schlichter und des Reichsarbeitsministers (gleichviel ob Wiffell oder Stegerwald) und dank der wirtschaftsfeindlichen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie möglich war, den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft durchzuführen, geht aus folgender Auszählung des bürgerlichen Wirtschaftlers Kutezinski in der Nummer 27 und 28 der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ hervor.

Im ersten Halbjahr 1930 verlor der Industriearbeiter durchschnittlich 10 Mark pro Woche oder mehr als ein Fünftel seines Lohnverdienstes infolge von Arbeitslosigkeit. Zählen wir die Lohnverluste durch Kurzarbeit hinzu, so können wir schließen, daß der Arbeiter im Durchschnitt etwa ein Viertel seines Lohnverdienstes pro Woche im Jahre 1930 infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verloren hat.

Im Februar 1930 verdiente der Arbeiter annähernd soviel wie im gleichen Monat des Vorjahres; im März verdiente er schon etwa 1,75 Mark die Woche weniger; im April 4 Mark weniger; im Mai 5,35 Mark weniger; und im Juni 1930 verdiente der Arbeiter durchschnittlich pro Woche 5,55 Mark, etwa ein Viertel, weniger als im Juni 1929.“

Goll das so weiter gehen?

Die Sklavenbedingungen, unter denen die 200 000 und mehr schlesische und ober-schlesische Landarbeiter kauft, sind bekannt. Selbst ihre Frauen sind vertaglich auf Grund des von den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten abgeschlossenen Tarifs zur Arbeit verpflichtet. Auch die Kinder sind tariflich zur Mitarbeit gezwungen. Die ganze Familie arbeitet. Trotzdem langt es nicht zur Anschaffung der notwendigen Lebensmittel und Kleidungsstücke. Da die günstigsten Voraussetzungen zur Führung eines Kampfes in der Landwirtschaft der Frühling und der Herbst sind, sind die Großagrarier und die Gewerkschaftsbürokraten schon seit Jahren übereingekommen, den Ablauf des Tarifs auf den 31. Dezember (1) zu legen. Hier gibt es ganz besonders, sich nicht kläglich an die sogenannte Tariftreue zu halten, sondern den Kampf dann aufzunehmen, wenn die Bedingungen für die Arbeiter am günstigsten sind.

In keinem Kohlenrevier Deutschlands wird der Bergbau so hohe Profite ab, als in Oberschlesien, dank den mächtigen Stößen und der regulären Lagerung. Trotzdem erhalten die ober-schlesischen Bergarbeiter weit weniger Lohn als ihre Berufsgenossen in der Ruhr. Die Gewerkschaftsbürokraten aller Schattierungen halten eine Lohnerhöhung nicht für notwendig. Sie haben deshalb den zum 30. September ablaufenden Tarif nicht gekündigt und keine Lohnforderungen gestellt.

Die niederschlesischen Bergbauarbeiter jammern seit Jahren über die angeblichen Verluste. Sie haben Millionen Mark in Subventionen von der Regierung erhalten und lassen die Bergarbeiter mit wahren Hungerlöhnen, besonders in dem Randrevier Neurode, nach Hause gehen. Allen in Erinnerung ist noch der Bergarbeiterstreik, der durch einen vom Sozialdemokraten Wiffell für verbindlich erklärten Schiedsspruch beendet wurde. Die Forderung in Niederschlesien und auch die Profite der Grubenbesitzer stiegen von Jahr zu Jahr, trotz Kurzarbeit und trotz zeitweiliger Abschaffung — die Kopfleistung steigt, doch die Löhne bleiben Hungerlöhne.

In der schlesischen Textilindustrie werden zurzeit noch etwa 50 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und mit Bettelgehältern entlohnt. Auch hier war es ein verbindlicher Schiedsspruch, der im Jahre 1929 den Kampf der Textilarbeiter für erträgliche Löhne beendete. Die Gewerkschafts-

bürokraten prüfeten den Schiedsspruch als einen Erfolg. Der auf Grund des Schiedsspruches in Kraft getretene Tarif ist heute noch in Geltung. Die Spinnerinnen in Langenbielau haben bereits des öfteren versucht, durch Einrücken der Stühle und Niederlegung der Arbeit gegen die unerfahrene Alfordpreisreduzierung, die die Unternehmer auf Grund dieses Tarifs vornehmen, anzukämpfen. In diesen Kämpfen zeigte es sich, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht bei den Arbeitern stehen, sondern stets bemüht sind, den ausgedehnten Kampf auf dem schnellsten Wege zu liquidieren.

In der Metallindustrie sind die Unternehmer zum offenen Angriff übergegangen. Sie haben die Tarife gekündigt und fordern einen Lohnabbau von 10 Prozent. Die Gewerkschaftsbürokraten haben bis heute — die Kündigungsfrist läuft am 30. September ab — auch nicht das Geringste getan, um einen Abwehrkampf der Metallarbeiter zu organisieren. Ein Lohnerhöhung denken sie nicht einmal, und das, was der „Ante“-Metallarbeiterangehörige Ziegler in der „Vollmacht“ schreibt, ist nichts als Phrasen, die lediglich zum Zwecke haben, die oppositionell gestimmten SPD-Mitglieder und Anhänger zu verwirren und zur Abgabe ihrer Stimme für Liste 1 zu bewegen.

Weshalb ist die Situation in der Porzellanindustrie. Die Porzellanunternehmer haben den Tarif zum 30. September mit der Forderung auf Lohnabbau gekündigt. Auch hier sind die Gewerkschaftsbürokraten völlig passiv und bezeichnen schon jetzt die eventuelle Möglichkeit, die bisherigen Hungerlöhne beizubehalten, als einen „großen Erfolg“.

In der Holzindustrie haben die Unternehmer in der brutalsten Weise den Tarif außer Kraft gesetzt und angeordnet, daß die niedrigeren Löhne aus dem Tarif des Jahres 1928 gezahlt werden sollen.

Bei den Breslauer Gemeindefunktionären war es der „linke“ Sozialdemokrat Schramm, der seine Position als Stadtrat und Arbeiterbegehrer dazu benutzte, einen Lohnabbau vorzubereiten, der der Stadt als Unternehmer 250 000 Mark einsparen soll. Der Gewerkschaftsbürokrat Bianki trat ganz offen für Beibehaltung der bisherigen Tarife und Mitglieder wurde durch einen Mehrheitsbeschluss der Funktionäre und Mitglieder wurde er jedoch gezwungen, den Tarif zu kündigen. Nun versuchen er und seine Getreuen, die Gemeindefunktionäre dadurch zu betrogen, daß er keine Forderungen aufgestellt hat und die ganze Angelegenheit nicht auf dem Wege des Kampfes, sondern am Verhandlungstisch mit einem Abkommen zugunsten des Magistrats abschließen will.

Wohin wir auch blicken, überall sehen wir, daß nicht nur der Reallohn des Arbeiters und der Arbeiterin durch Verteuerung der Lebenshaltung und Erhöhung der Steuer gesenkt wird, sondern auch der Nominallohn ist den stärksten Angriffen des Unternehmertums ausgesetzt.

Gleichzeitig sehen wir, daß die Gewerkschaftsbürokraten aller Richtungen statt den Abwehrkampf der Arbeiter zu organisieren, ernstlich an der

„Anfurbelung“ der deutschen kapitalistischen Wirtschaft

mit beteiligt sein wollen. Das heißt, sie denken an die Profite der Unternehmer, nicht aber an das Hungerdasein der Arbeiter. Die Konsequenz dieser staatsfeindlichen Haltung ist der Verzicht auf Kämpfe und das eifrige Bemühen, ausgedehnte Kämpfe so schnell als möglich zu liquidieren.

Die kommunistische Partei macht den Arbeitern vor dem 14. September keine Versprechungen. Sie sagt eindeutig und klar:

Die Arbeiter selbst müssen kämpfen!

Sie selbst müssen Kämpfe für Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen organisieren.

Mit welchen Mitteln — darauf hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition eine klare Antwort gegeben:

Wahl von Kampfausschüssen in den Betrieben!

Wahl von roten Vertrauensmännern!

Wahl von roten Betriebsräten!

Engster Anschluß an die Organe der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Ohne Kampf in dem Betriebe, ohne Streit für Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird es auch den schlesischen ober-schlesischen Arbeitern nicht möglich sein, ihre Lage zu verbessern.

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, 14. September zur Wahlurne zu schreiten und die Stimme für Liste 4 abzugeben. Doch dieser Stimmzettel ist nichts weiter als Demonstration, als ein Ausdruck des Willens, unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für den Sozialismus anzunehmen.

Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Sozialismus müssen erkämpft werden. Die kommunistische Partei fordert schlesische und ober-schlesische Arbeiter auf, die Einheitsfront in den Betrieben zu schließen, und trotz aller Sedition allen Verrats der Gewerkschaftsbürokratie den Kampf mit allem Eifer und revolutionärer Energie aufzunehmen.

Wie sich der Verrat der Arbeiterklasse bemerkbar macht:

Scheidemanns Privatkonto!

Hunderttausend Mark Blutsold für Arbeiterverrat — Vergebliche Ablenkung der „Vollmacht“

Der prominente SPD-Führer, der Spitzenkandidat der SPD für den Wahlkreis Hesse-Nassau, ehemaliger kaiserlicher Erzkanzler, Philipp Scheidemann, unterhält bei der Bank Witt, Simon & Co. in Berlin, Mauerstraße, ein Privatbankkonto von 100 000 Mark. In festverzinslichen Wertpapieren hat dieser Arbeiterführer sein zum Jahresende gehobenes, ergaunertes Geld, den Sold für zahllose Verräterei an den Interessen der Werktätigen aufgeschichtet.

12 000 Mark im Jahre arbeitsloses Einkommen, nur für Kuponschneiden, bezieht Herr Philipp Scheidemann von diesem Konto allein. 1000 Mark im Monat, neben seinen anderen hohen Einkommen aus Pensionen und Titeln, bezieht dieser zum Großkapitalisten gewordene „Arbeiterführer“, während der Hunger durch Deutschland geht!

Nachstehend veröffentlichen wir die Liste der Aktien und übrigen Wertpapiere, mit deren Besitz für den Oberbürgermeister a. D. Philipp Scheidemann „die soziale Frage gelöst“ ist:

- 21 000 Mark 8proz. Gothaer Grund-Aredit-Goldpfandbriefe
- 15 000 Mark 8proz. 1926er Eisenacher Stadtanleihe
- 10 000 Mark 8proz. 1929er Deutsche Reichsanleihe
- 6 000 Mark 8proz. Deutsche Hypothekendarlehen-Goldpfandbriefe, Serie 27
- 5 500 Mark 8proz. Preussische Zentral-Bodenkredit-Goldpfandbriefe 1924
- 5 000 Mark 8proz. Thüringische Landes-Hypothekendarlehen-Goldpfandbriefe Serie 12
- 4 500 Mark 8proz. Gothaer Grundkredit-Goldpfandbriefe, Reihe 5

- 3 250 Mark 8proz. Preussische Zentral-Bodenkredit-Goldpfandbriefe 1928
- 3 000 Mark Große Kasseler Straßenbahn-Vorzugsaktien
- 2 900 Mark Mag.-Jubil.-&Co.-Aktien
- 2 000 Mark 7proz. 1926er Preussische Hypothekendarlehen-Goldpfandbriefe
- 2 000 Mark 7proz. 1926er Preuss. Hypothekendarlehen-Goldpfandbriefe
- 2 000 Mark 7proz. bezugslos
- 2 400 Mark Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Aktien
- 2 400 Mark Halle-Größtebter-Eisenbahnaktien
- 2 100 Mark Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktien
- 1 200 Mark Allgemeine und Lokal- und Kraftwerk-Aktien
- 1 000 Mark Allgemeine Häuserbau-Aktien
- 1 000 Mark A.G.-Aktien
- 800 Mark Schudener-Aktien
- 500 Mark Kamener Eisenbahn-Aktien
- 300 Mark Arnold-Georg-Aktien

Diese Liste gibt nur einen Teil des Vermögens wieder, das Philipp Scheidemann im Laufe der Jahre seinen Arbeiterverrat eingelöst hat.

Diese vorstehenden Zahlen reden eine Sprache von so eindeutiger Deutlichkeit, daß sie eines Kommentars nicht bedürfen. Gegenüber kann es nur eines geben: Entweder sind sie wahr oder nicht wahr. Was aber läßt sich die „Vollmacht“ gestern von Scheidemann berichten:

„Das ins Ausland verjagte Geld kann „Nate Fahne“ sich mit den Nationalsozialisten teilen, ich schenke es ihnen hiermit feierlich. Was ich an Steuern mag die „Nate Fahne“ bei dem zuständigen Finanzamt fragen. Die bei Witt, Simon & Co. von der „Roten Fahne“ entdeckten Papiere bin ich bereit, der „Roten Fahne“ sofort 100 000 Mark abzugeben; ein solches Geschäft mit Münzenberg zu machen, bin ich jederzeit bereit.“

Er will die Indusaktien also für 100 000 Mark abgeben. Ist ein Abstreiten der behaupteten Tatsache. Nein, im Gegenteil, „Witt der Mann mit der berühmten „verdorren“ Hand beständig Anleihe. Es bleibt also bei der Tatsache, und nun haben die sozialdemokratischen Arbeiter zu entscheiden, ob sie am 14. September die Partei ihre Stimme geben wollen, die solche Scheidemann in der Wahl in ihren Reihen hat. Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter werden sich bestimmt nicht für diese Judasge entscheiden, sondern Stimmen der SPD. geben, der einzigen Partei, in der für Scheidemann kein Raum ist.

Der letzte Schlag!

Heute ist an alle Ortsgruppen das letzte Flugblatt „Letzter Appell“ zum Versand gebracht. — Genossen, sorgt für reifliche Verteilung des gesamten Materials. Ortsgruppenleiter, Kontrolliert, damit keine Bestände übrigbleiben! Sonnabend abend darf kein Blatt, kein Flugblatt mehr vorhanden sein. Heraus an die Arbeit!

Metallarbeiter, schmiedet die Kampffront!

Organisiert den Lohnkampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition

„Der Verbandstag wird die Waffen schärfen, mit denen die Metallarbeiter auch künftig ihren Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse führen werden.“ — So schloß der Verbandsvorstand des „Metallarbeiterverbandes“, WdR, in der Nummer vom 23. August d. J. der „Metallarbeiterzeitung“ seinen Begrüßungsartikel zum 19. Verbandstag. Gerade die schlesischen Metallarbeiter, die jetzt zur Wehr gegen Angriffe der Unternehmer rufen, haben allen Grund, zu prüfen, inwieweit der Verbandstag den oben zitierten Worten des Verbandsvorstandes Rechnung getragen hat.

Brandes selbst zeigte in seinem Geschäftsbericht, daß der Verbandsvorstand nicht gewillt ist, irgendwelche Maßnahmen zum Kampf gegen Unternehmertum und kapitalistischen Staat zu organisieren. Der kapitalistische Staat soll nach seiner Meinung den Arbeitern helfen. Sagte er doch wörtlich: „Wir haben ein Interesse daran, daß der Staat, wenn er überhaupt die Wirtschaft beherrschen will, auch in Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten der sozial Schwächeren eingreift.“ Brandes tricht hier seinem Kollegen Wiffell eine Lanze, jenem Oberschlächter, der durch die von ihm gefällten Schiedsprüche nicht den sozial Schwächeren, wohl aber den Unternehmern und damit den kapitalistischen Staat unterstützt hat. — Schließlich vom Hauptvorstand gibt in seinen Ausführungen über „Die Wandlungen in der Weltwirtschaft“ zu, daß

„mit den bisher angewandten Methoden es in der Tat keine Möglichkeit gibt, das Elend der arbeitenden Massen zu überwinden“.

Welches sollen nun die neuen Methoden sein, die eine solche wichtige Lösung wie der Verbandstag zur Überwindung des Elends der arbeitenden Massen festgelegt hat? Man sucht vergebens in dem Bericht vom Verbandstag nach ihnen. Selbst in den „einstimmig“ angenommenen Entschlüsseungen kein Aufzeigen von Kampfmaßnahmen, nur Phrasen, hohle Phrasen.

Was nützt die einstimmige Beurteilung der Schlichtungsorgane, wenn dieselben weiter als Mitglied gebildet wird, trotzdem er die realsten Schiedsprüche gefällt hat?

Was nützt die einstimmige Beteuerung, daß den Arbeitslosen helfen werden muß, wenn „unser Metallarbeiter“-Abgeordneter für die Verschlechterungen der Arbeitslosenfürsorge stimmen?

Was nützt die Forderung: Steigerung der Kaufkraft, wenn die sozialdemokratischen Verbandskollegen im Reichstag all den Massenbewerben zustimmen und dadurch die Kaufkraft der Massen senken?

Phrasen, nichts als Phrasen, wie es von geschickten Demagogen nicht anders zu erwarten ist — so waren die Reden, so waren die Entschlüsseungen, so ist auch der Bericht der „Metallarbeiterzeitung“.

Die „Kürste“ freigewerkschaftliche Organisation der Welt ging von ihrem 19. Verbandstag, ohne konkrete Kampfbeschlüsse zu fassen

In den verschiedensten Bezirken gehen die Unternehmer zur Offensive gegen die Arbeiter in der Metallindustrie vor. In Thüringen, in Berlin, im Ruhrgebiet, an der Wasserfront, in Sachsen, in der Rieber-Gaule und in Schlesien. Bis hinunter in die Bezirksleitungen, bis in die Ortsverbände keinerlei Vorbereitungen von Kampfmaßnahmen von seiten der Gewerkschaftsbürokratie.

Hier muß die Arbeiterschaft selbst Stellung nehmen, hier muß sie selbst die Kampfmaßnahmen treffen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zeigt den Arbeitern der Metallindustrie den Weg!

Sofort nach der Kündigung des Lohnvertrages durch die Unternehmer hat die RGD in der „Arbeiter-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbürokraten nichts unternehmen werden, um zum Kampf zu mobilisieren. Die Arbeiter sind auf sich selbst angewiesen. Die ganze Vergangenheit hat gezeigt, daß Lohnverhöhungen lediglich die Verbandsbeamten und -angestellten erhalten haben, und zwar erhielten die zehn Vorstandsmitglieder 1929 eine Zulage von 9487 Mark, was

pro Kopf eine Jahreszulage von 947,80 Mark

ausmachte. Die Zahl der 1031 Verbandsbeamten wurde 1929 auf 1114 erhöht. Ihre „kürzlichen“ Bezüge wurden von 6277063 Mark auf 7177643 Mark erhöht. Also fast eine Million Mark Zulage müssen die WdR-Mitglieder jährlich für ihre „teuren“ Verbandsbeamten bezahlen. Der Schluß daraus ist:

Wirkliche Lohnverhöhungen für die Verbandsbeamten, papierne Lohnverhöhungen und „moralische“ Erfolge für die Arbeiter.

Schreibt doch der Vorstand in seinem Bericht, daß der „moralische

Erfolg viel höher zu bewerten ist, als die erreichte Arbeitszeitverkürzung oder Lohnverhöhung“. Ganz offen wird zugegeben, daß in der Metallindustrie noch bis zu 57 Stunden gearbeitet wird. Interessant ist in dem Bericht der „Metallarbeiterzeitung“, daß der Kassierer Schäfer laut diesem Bericht kein Wort gesprochen hat von der Höhe der Streikunterstützungen. Wir wollen da ein wenig nachhelfen. Um den Kollegen in der Metallindustrie zu zeigen, wie in der Praxis der „Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse“ geführt wird, lassen wir einige Zahlen sprechen, und zwar die Ausgaben von Hauptklasse und Lokalkassen zusammengefaßt:

Gehälter und Sozialbeiträge der Beamten

1911: 1 690 437,18 Mk. 1929: 8 369 670,50 Mk.

Streik- und Maßregelungsunterstützungen

1911: 5 867 784,67 Mk. 1929: 2 802 615,98 Mk.

Wohlfahrtsunterstützungen

1911: 5 484 749,07 Mk. 1929: 24 601 658,97 Mk.

Sonstige Ausgaben

1911: 8 268 568,57 Mk. 1929: 16 290 731,65 Mk.

Was hat die Gewerkschaftsbürokratie in Schlesien bis jetzt zur Vorbereitung des Gegenstoßes unternommen?

Wir behaupten: Nichts!

Selbst in dem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung Breslau des WdR, werden keinerlei Kampfmaßnahmen vorgeschlagen. Fast eine Seite dieses Mitteilungsblattes beschäftigt sich mit der Bedeutung der Reichstagswahlen und natürlich mit der Aufforderung: SPD zu wählen. Nur ein halbes Spalte widmet man der augenblicklichen Lage in der Metallindustrie, und auch da bringt man nur die Forderungen der Unternehmer. Ein einziger Satz am Schluß sagt, daß „wir“ (die Verbandsbürokratie) gefordert haben eine Erhöhung der Lohn- und Morbätze in allen Berufsgruppen und Altersklassen um sechs Pfennig pro Stunde. Diese Forderung der Gewerkschaftsbürokratie ist ein Schlag ins Gesicht der Metallarbeiter. Durch diese Forderung bleibt weiter bestehen die große Differenz zwischen den einzelnen Gruppen der in der Metallindustrie Beschäftigten. Wo bleibt die Heranbringung der Löhne der Frauen, der Jugendlichen und der ungelerten Arbeiter? Vergessen ist die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! In sehr geschickter Weise wird die Generalversammlung für Breslau für Montag, den 6. Oktober einberufen. Kein Punkt der Tagesordnung beschäftigt sich mit dem Angriff der Unternehmer auf die Löhne der

Für diese Forderungen muß sofort die Arbeiterschaft der Metallindustrie mobilisiert werden. Aus den Reihen der kampfbereiten Metallarbeiter müssen die entschlossensten Kollegen gewählt werden für einen vorbereitenden Kampfausschuß. In allen Betrieben, in allen Zahlstellen müssen die Metallarbeiter sofort zu den notwendigen Kampfmaßnahmen Stellung nehmen.

Die Waffen, die die höchste Instanz des Verbandes, der Verbandstag, nicht geschmiedet hat, diese Waffen müssen die revolutionären Metallarbeiter sich selbst schmieden. Engste Kampffront mit den Frauen, mit den Jugendlichen, mit den erwerbslosen Metallarbeitern. Die letzten Stunden des Wahlkampfes müssen benutzt werden zur Mobilisierung der Metallarbeiterschaft. Die Stimme am 14. September 1930 der SPD, geben, bedeutet für den Metallarbeiter wie für jeden anderen Arbeiter, die Stimme einer arbeitenden und feindlichen Partei zu geben. Die Haltung der SPD und ihrer

Metallarbeiter. Rassen- und Geschäftsbericht und Bericht vom Verbandstag sind die einzigen Tagesordnungspunkte. Bis dahin wird man mit den Unternehmern genügend gehandelt haben, wenn die Kollegen nicht sofort die Initiative ergreifen und in allen Zahlstellen, in allen Betrieben sofort Stellung nehmen zur Organisierung des Kampfes.

Die Forderungen der Metallarbeiter müssen erweitert werden. Die RGD stellt folgende Forderungen auf:

- Für Gruppe A, Gelernte Arbeiter, 6 Pfg. Zulage.
- Für Gruppe B, Maschinenarbeiter, 9 Pfg. Zulage.
- Für Gruppe C, Hilfsarbeiter, 12 Pfg. Zulage.
- Für Gruppe D, Angelernte Frauen, und für Gruppe E, Hilfsarbeiterinnen, 15 Pfg. Zulage.

Siebenstundentag und Lohnausgleich zur Einreihung der Erwerbslosen in die Produktion.

Bei Festlegung der Akkordpreise ist stets die Stückzahl, die bei der Festlegung des Akkordes vorhanden war, zugrunde zu legen.

Herabsetzung der sechswöchigen Kündigungsfrist auf höchstens 14 Tage.

Organisierung des Kampfes gegen die Unternehmeroffensive unter der Führung der RGD.

Am 14. September gibt jeder Metallarbeiter seine Stimme der RGD, — der Liste 4!



Die Tüchtigkeit, die man beneidet, nennt man Glück.

Dies mag insofern berechtigt sein, als das Glück bei dem Untüchtigen nicht sehr gerne weilt. Wer aber Besseres zu bieten hat, als alle Anderen, kann des Erfolges sicher sein.

Glück und Erfolg blieben der Bulgaria-Zigarettenfabrik treu, weil sie der Qualität treu blieb. Hiermit erwarb sie ein Kapital, das sich in Ziffern nicht ausdrücken läßt: Das Vertrauen des Rauchers.

BULGARIA-STERNE

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.



Rund um den Erdball

Selbst die amtliche Untersuchung ergibt:

Lübeder Kindermörder schuldig

„Die Pariser B.C.G.-Kulturen waren einwandfrei“ — Wann erfolgt die Verhaftung der verbrecherisch-leichtsinnigen Ärzte?

Lübeck, 11. September. Endlich wird das mit neugieriger Spannung erwartete Ergebnis der amtlichen Untersuchung des Reichsgesundheitsamtes über den Lübeder Bazillennord bekanntgegeben. Sie bestätigt, was wir von allem Anfang an behauptet hatten, nämlich, daß nicht in Paris, woher bekanntlich die Kulturen bezogen wurden, sondern daß in Lübeck durch verbrecherische Leichtsinngkeit aus einem Heilmittel ein Mordmittel gemacht wurde.

In der amtlichen Erklärung heißt es unter Punkt 7: „Aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen geht hervor, daß die aus Paris geleisteten B.C.G.-Kulturen einwandfrei beschaffen und nicht virulent waren.“

Bereits aus dieser Feststellung geht mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor, daß die verantwortlichen Lübeder Ärzte zur Verantwortung auch im Sinne des bürgerlichen Gesetzes herangezogen werden können. Im Interesse der 70 hingemordeten proletarischen Säuglinge verlangen wir die sofortige

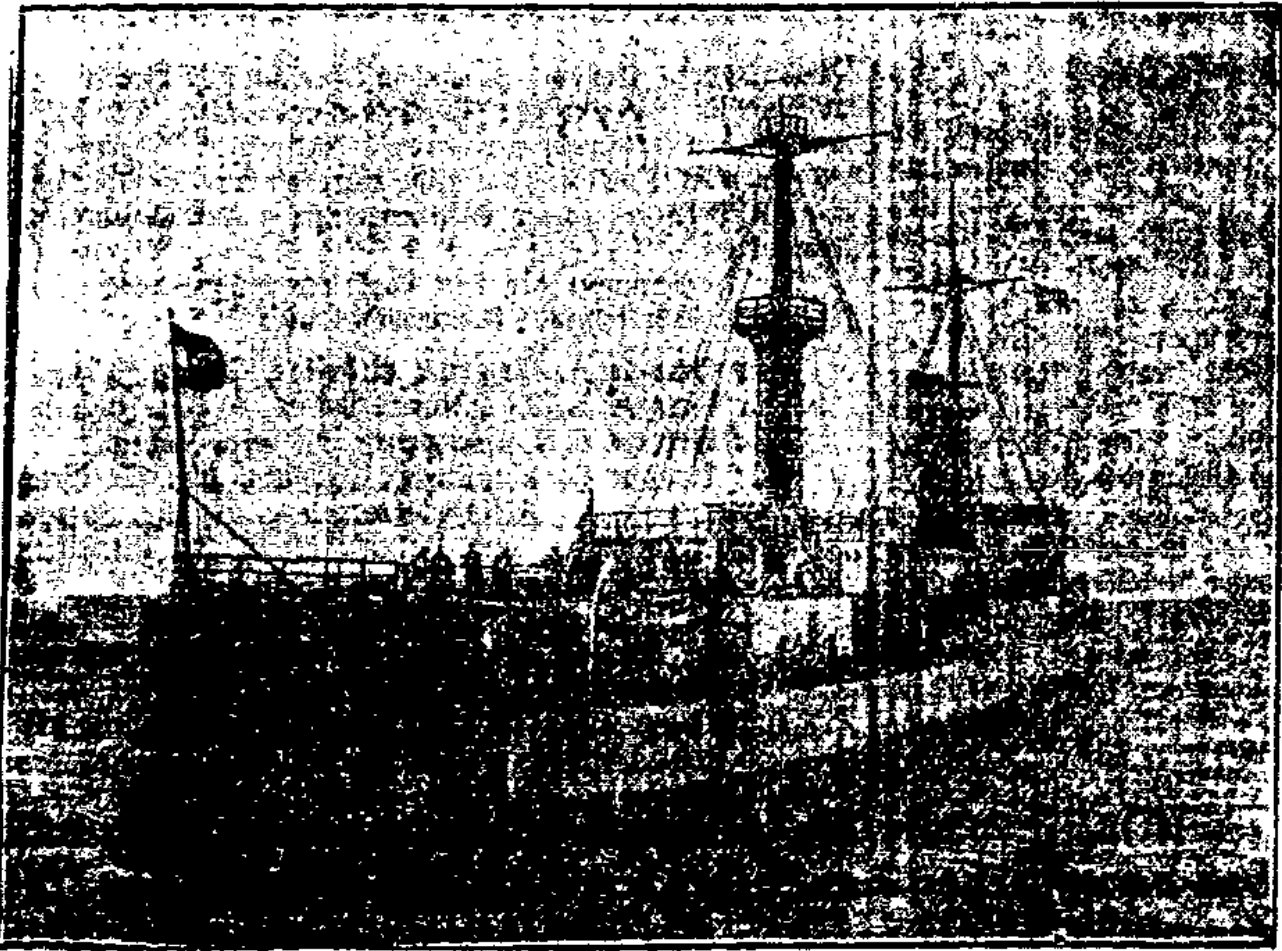
Verhaftung dieser Kindermörder sowie der schuldigen Beamten des Lübeder Gesundheitsamtes.

Die tägliche Flugzeugkatastrophe in Frankreich

Wieder zwei Militärflieger umgekommen

Paris, 11. September. Ein französisches Militärflugzeug, das zu einem Nachtflug aufgetrieben war, stürzte in der Nacht zum Donnerstag aus 300 Meter Höhe auf den Flugplatz Orly ab. Die Insassen, zwei Militärflieger, konnten nur noch als Leichen aus den Trümmern geborgen werden. Angesichts der endlosen Kette von Katastrophen in der französischen Militärluftflotte wird in den französischen Zeitungen schon von den „fliegenden Särgen Frankreichs“ gesprochen.

Fernlenkschiff „Zähringen“ in Flammen



Auf dem Zielschiff „Zähringen“, einem früheren Linienschiff, das drahtlos ferngelenkt, bei den Schießübungen der Reichsmarine als Ziel dient, ist am 10. September nach einem Treffer ein Brand ausgebrochen. Die „Zähringen“ steuerte sofort den Kieler Hafen an. Die Löscharbeiten gestalten sich jedoch äußerst schwierig, da die im Schiffsinnern befindlichen riesigen Korkmassen brennen, die auch bei einem Volltreffer in die Wasserlinie das Schiff schwimmfähig halten sollen. Altem Anschein nach ist der Kasten hin, so daß die deutschen Steuerzahler und insbesondere die Arbeiterschaft das Vergnügen haben werden, zu den bisherigen Panzerkreuzerräten noch ein tüchtiges Stück Draufgeld zu zählen.

Hier werden Sklaven und Heloten gezüchtet

Das katholische Erziehungsideal: Gebete, Arbeit, Hunger und Prügel

Ein entflohener Zögling berichtet aus einer katholischen Fürsorgehölle

Ein besonderes Kapitel im deutschen Strafvolk bildet das „Fürsorgeheim“. Unmündige Proletarierkinder werden dort mit viel Beten, Schutzen und Prügeln von Staats wegen erzogen, in Wirklichkeit aber zu Verbrechern geformt. Trotz aller Fürsorge hat sich in diesen Jahren nichts geändert. So kam es am 4. September in der katholischen Fürsorgeanstalt St. Raphael bei Heilsburg wieder zu einer Verweilungsaktion der bis aufs Blut gemalten Jüglinge. Nach bürgerlichen Meldungen sollen die Zöglinge unter Führung eines 17-jährigen Agitatoren die Arbeit niedergelegt und kommunistische Reden gehalten haben. Folger nahm den „Kübelstüber“ fort, der zu entlichen versuchte. Durch nachgelassene Schläge wurde der Mächtling schwer verletzt. Ein Zögling, der in dieser Hölle untergebracht war, berichtet über die Zustände in diesem Erziehungsheim folgende Tatsachen:

„Bist du erst drei Jahre hier, machst du es ebenso!“

München, 11. September. (Rote-Hilfe-Bericht.) In dem Erziehungsheim St. Raphael bei Heilsburg, das unter Leitung katholischer Geistlicher steht, ereignen sich die schauerhaftesten Dinge. Als ich am ersten Abend in den Schlafsaal kam, mußte ich die erschreckende Feststellung machen, daß alle Zöglinge zu zweit im Bett lagen und geschlechtlich miteinander verkehrten. Da diese Dinge meinen Abscheu erregten, fragte ich sie, ob sie den Patagrapphen 175 hätten und erhielt zur Antwort: „Wenn du erst mal drei Jahre hier bist, machst du das genau so wie wir!“

„Der Größe nach zur Arbeit angeordnet!“

Der Arbeitstag in dieser „Erziehungsanstalt“ sieht so aus: In der Frühe des grauen Morgen, um 3.30 Uhr, wird bereits zum Aufstehen gerufen. Dann heißt es in rasender Eile sich waschen, Bett machen. Das alles muß in knapp 10 Minuten erledigt sein. Mit mühsamem Flagen geht's dann in die Anstaltsküche. 20 Minuten dauern dort die Zeremonien der Messen, dann erst gibt es Frühstück. Kaum hat man den letzten Bissen heruntergeschlungen, wird der Größe nach zur Arbeitsverteilung angeordnet. Der Aufseher ist seinem militärischen Gewand nach ein ehemaliger Feldwebel und trägt ständig einen dunklen Anzug bei sich und hat immer einen bissigen

Hund als Begleitung. Bei der Arbeit darf kein Sterbenswörtchen geäußert werden. Wer es trotzdem wagt, dem tanzt der Knüttel des Aufsehers ins Kreuz. An einem Tage kam auch der Leiter der Anstalt, ein katholischer Pfaffe mit Namen Brummel. Wegen einer lächerlichen Nichtigkeit schlug er einem der Zöglinge ein paar Mal ins Gesicht.

Täglich zehnmal Gebete und zwei Andachten

Der barbarische, lange Arbeitstag wird unzählige Male durch Gebete und Andachten unterbrochen. Ich zählte am Tage zehn Gebete und zwei Andachten von je 20 Minuten. Des Sonntags ist es ganz toll, da kommen die Zöglinge überhaupt nicht mehr aus der Kirche heraus. Vormittags dauert die Heuchelei zwei Stunden, nachmittags eineinhalb Stunden, und am Abend erneut zwei Stunden. Wer von den Zöglingen dabei am meisten Frömmigkeit heuchelt, der hat es am besten. Daß bei diesen sogenannten Andachten die übelste Bolschewistische Hetze betrieben wird, ist auf Grund der Einstellung der katholischen Pfaffen zum Kommunismus selbstverständlich.

Wicht Tage verbrachte ich in diesem „modernen republikanischen Erziehungsheim“. Da hatte ich die Nase voll. Ich empfand einen derartigen Widerwillen gegen die heuchlerischen Erziehungsmethoden dieser Anstaltspfaffen, daß ich die erste beste Gelegenheit wahrnahm, um dieser Fürsorgehölle, in der man zu willenlosen Sklaven und Heloten gezüchtet werden soll, zu entkommen.

Durch eine elektrische Handlampe getötet

Der in Hof bei Kassel aus Berlin zu Besuch weilende Otto Sosforth wollte im Keller seiner Schwiegereltern die Wand ausbessern, wobei er eine selbstgefertigte elektrische Handlampe benutzte. Während der Arbeit wurde Sosforth plötzlich vom elektrischen Strom getötet, sogleich die Spannung auf 220 Volt betrug.

Das rote ABC XY

Die uns dauernd ein X für ein U vorlügen. Werden wir bald bei den X-Beinen kriegen. Heute sitzen sie noch wie Yankee gemütlich in ihren Yachtclubs und schlemmen friedlich. Sie haben ja noch nicht nötig zu lasten. Dann sie tragen ja nicht die Young-Plan Lasten. Vertreibt die satten Kapitalisten!

Wählt Kommunisten!

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg

macht von Severings „Republikenschutzgesetz“ selbstig Gebrauch. Zwei wichtige Waffen unseres Wahlkampfes, die Broschüren des Genossen

Hermann Remmele

„Kommunismus, die einzige Rettung“ und „Sowjetstern oder Hakenkreuz“ wurden heute auf Veranlassung des Magdeburger Staatsanwalts

beschlagnahmt.

Auf diesen Gewaltakt antworten wir am 14. September, denn es bleibt für die in Youngsklaverel und Kapitalknechtschaft schmachtende deutsche Arbeiterklasse trotzdem und allem nur der

Kommunismus die einzige Rettung

Zeppelin von der Mostau abri zurück

Strecke Mostau-Friedrichshafen in 19 1/2 Stunden zurückgelegt

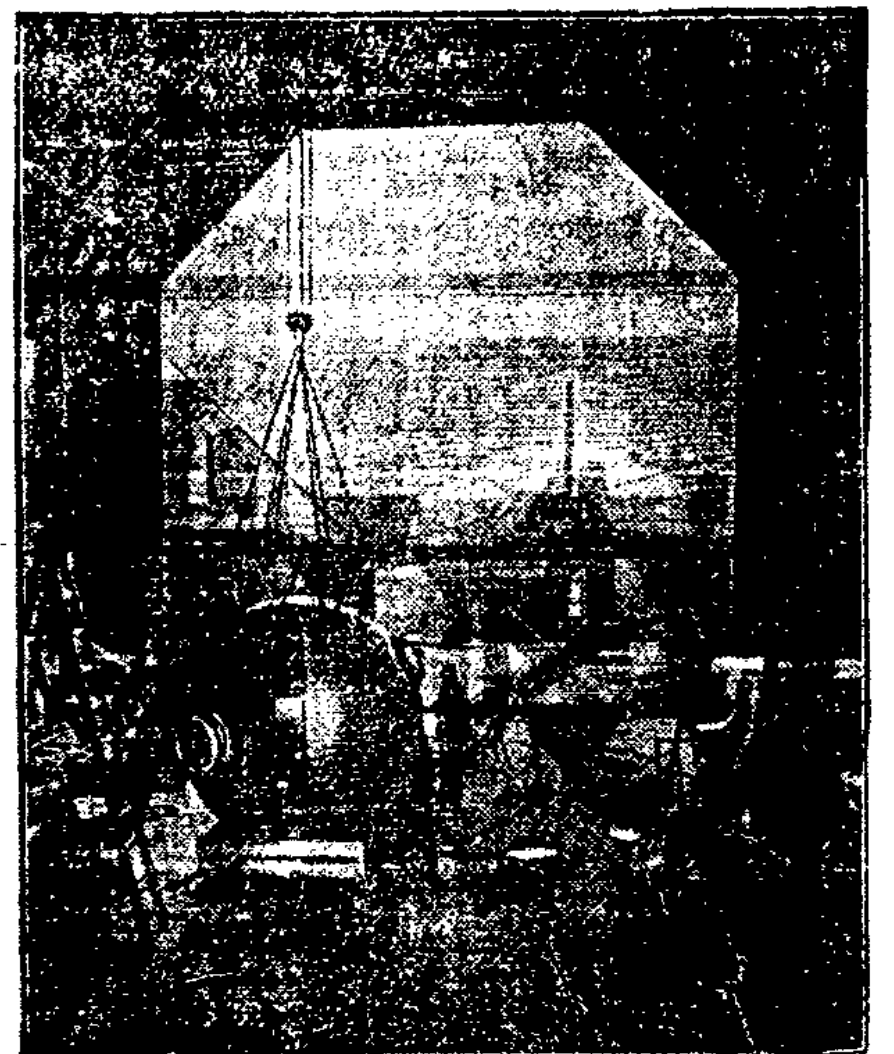
Friedrichshafen, 11. September. Das Zeppelin Luftschiff ist am Donnerstag kurz nach 11 Uhr von seiner Mostauer Landungsfahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Die Strecke Mostau-Friedrichshafen hat das Luftschiff in 19 1/2 Stunden mit 123 Kilometer Stundenbruchschnitt durchfahren. Die Landung erfolgte um 11.35 Uhr glatt auf dem Friedrichshafener Werftgelände.

Ein Wohnhaus in Flammen

Mutter mit zwei Kindern verbrannt

Paris, 11. September. In der Nacht zum Donnerstag entstand in einem Wohnhaus in Dieppe ein Brand, der sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Bevor die Feuerwehr zu Stelle war, kamen eine Mutter mit ihren beiden Kindern in die Flammen um. Sie wurden als gänzlich verfohlte Leiche geborgen.

Bereit zum Aufstieg in die Stratosphäre

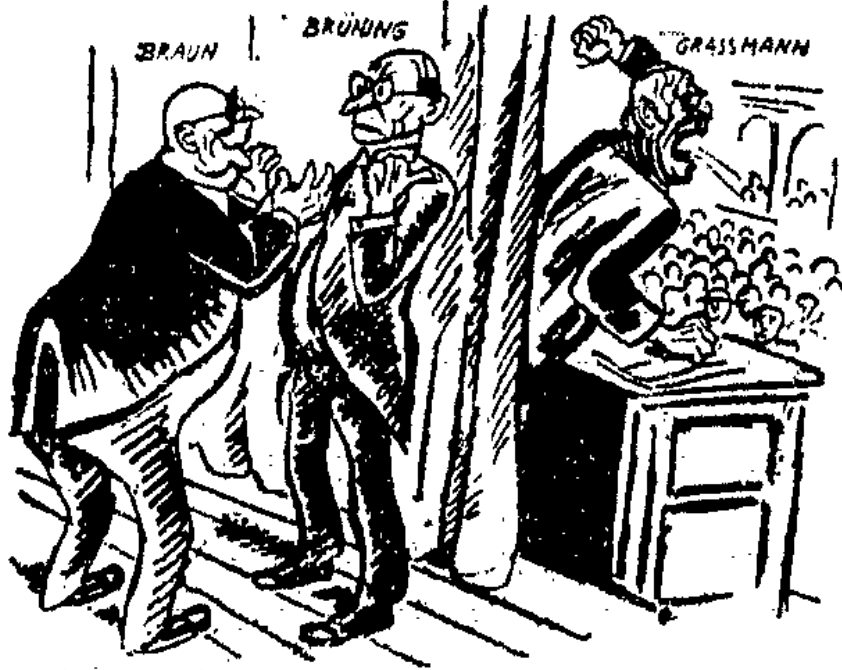


Der Ballon des Brüsseler Universitätsprofessors Picard wartet zur Zeit in der Halle einer Augsburger Ballonfabrik auf günstiges Aufstiegsveretter, um dann auf einer Schmalspurbahn auf die vor der Halle befindliche Wiese geschafft zu werden, von wo der Aufstieg erfolgen soll. Bis dahin bleibt die Ballonhülle mit der an Stelle einer Gondel verwendeten Aluminium-Hohlkugel — unser Bild —, deren luftdichter Abschluß den Aufenthalt in der beabsichtigten Höhe von 16 000 Metern ermöglichen soll, in der Halle

Die Verbrechen der ADGB.-Führer

Gewerkschafter, deine Liste ist die Liste 4!

Im Wahlaufsatz der ADGB.-Führer zu den Maiwahlen 1928 ließ es: „Der kommende Reichstag beschließt über das Arbeitszeitgesetz. Die Endschlacht für den Achtstundentag kündigt sich an.“ Und was wurde aus dieser Endschlacht? Das einzige Gesetz, das der Arbeitsminister Wissell in der Frage der Arbeitszeit im Reichstag eingebracht hatte, war das „Arbeitschutz-



Grassmann verdonnert die Bürgerblutregierung in Wahlversammlungen hinter den Kulissen bettelt Braun um Ministerfessel

gesetz“, das er wörtlich vom Bürgerblut übernommen hatte. Wissell lobte dieses Gesetz im Reichstag über den grünen Alee und bezeichnete es als einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung. Tatsächlich aber bedeutet dieses Gesetz einen entscheidenden sozialen Rückschritt, denn durch dieses Gesetz wird der 10- und 12-Stundentag gesetzlich sanktioniert.

Außerdem werden die Landarbeiter, die Bergarbeiter und andere Berufsgruppen vollkommen aus dem Arbeitschutzgesetz herausgenommen.

Das Gesetz enthält die miserabelsten Bestimmungen gegen die Jungarbeiter und sieht nur einen vollkommen unzulänglichen Schutz für die Kinderarbeit vor.

Als die Bürgerblutregierung den Gesetzentwurf bekanntgegeben hatte, schrieb der ADGB. in einem Aufruf: „Sein Hauptstück, die Arbeitszeitregelung, ist ein Hohn auf den Achtstundentag.“

Die ADGB.-Führer hätten sicherlich nicht den Ausdruck „Hohn“ gebraucht, wenn sie gewußt hätten, daß einmal später der „Gewerkschaftsführer“ Wissell den Hohn erst vollkommen machen würde, indem er das Gesetz ohne Veränderung dem Reichstag vorlegt und seine Annahme warm empfiehlt. Alle ADGB.-Führer im Reichstag waren bereit, dieses Schandgesetz zu schließen und hätten es bestimmt auch getan, wenn sie nicht aus der Regierung gestiegen wären.

Die Kommunisten haben während der 21 Monate Hermann-Müller-Regierung und unter der Brüning-Regierung hundertmal Anträge und Interpellationen, in denen die Einführung des Stenographentages gefordert wurde, eingebracht. Immer unterband die sozialdemokratische Regierung die Beratung dieser Anträge. Dafür hat der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell in ungezählten Fällen Arbeitszeitschiedsprüche für verbindlich erklärt, die eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 60 Stunden brachten.

Die Kommunisten forderten auch ein Verbot für Leistung von Ueberstunden und ein gesetzliches Verbot von Betriebsstilllegungen. Auch diese Anträge wurden von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell und den ADGB.-Führern im Reichstag systematisch sabotiert. Als die Kommunisten im Plenum des Reichstages durch laute Zurufe die Beratung ihres Antrages auf das Verbot von Betriebsstilllegungen forderten, sah Wissell auf seinem Platz und gab keinerlei Antwort. Aber an seiner Stelle rief der deutsch-nationale Scharfmacher Godt: „Betriebsstilllegungen sind gestattet!“

Die unzähligen Betriebsstilllegungen in den letzten Jahren fanden immer die Zustimmung des Sozialdemokraten Wissell. Für die gewaltig ansteigende Arbeitsloseniffer trägt dieser Gewerkschaftsführer also die volle Verantwortung, und die übrigen ADGB.-Boszen im Reichstag bekundeten ihre Zustimmung, indem sie schwiegen und den kommunistischen Antrag kurzerhand in Einheitsfront mit den Deutschnationalen ablehnten.

Die Arbeiterkinder werden zu fett

Gab es einen ADGB.-Führer, der in den Wäldern des Jahres 1928 in den Wählerversammlungen herumreiste und versagte, das Sprüchlein zu zitieren: „Gegen Panzerkreuzer, für Kinderpeisung“? Uns ist nicht ein einziger bekannt. Nur die Kommunisten brachten bei der Beratung des Reichsetats 1929 den Antrag ein, fünf Millionen für Kinderpeisungen einzusetzen. Die während der Wahl so bereiten ADGB.-Führer schwiegen und stimmten in geschlossener Front mit den Deutschnationalen gegen diesen Antrag.

Noch mehr! In seiner Denkschrift vom 14. März 1929 schrieb der „Metallarbeiter“ Severing:

„Andererseits werden beachtliche Stimmen gegen eine wahllose Ausdehnung der Kinderpeisungen laut. Durch die Zufuhrnahrung wird lediglich eine Aufschwemmung der Körpergewebe erzeugt, die eher zu einer Verminderung der Leistung und Widerstandsfähigkeit als zu ihrer Erhöhung führt. Eine allgemeine

planlose Zufuhrnahrung habe bei einem erheblichen Teil der Kinder nur zur Folge, daß der Appetit für die häuslichen Mahlzeiten herabgesetzt würde. So mehren sich die Stimmen, die eine Beschränkung der Schulpeisungen wünschen.“

Hat man schon je eine schlimmere Verhöhnung der Millionen unterernährter und tuberkulöser Proletariatskinder gehört? Und mit diesem Erguß von Severing waren die ADGB.-Führer einverstanden.

ADGB.-Führer schmieden die Schlichtungsfessel

Als im Jahre 1920 der erste Referententwurf zur Einführung des Schlichtungswesens dem Reichstag vorlag, gaben die Vertreter der freien Gewerkschaften im sozialpolitischen Ausschuß eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Die Schlichtungsordnung ist eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts.“

Und der diese Erklärung vortrug, war kein anderer als Aufhäuser. Inzwischen sind die Sozialdemokraten zu den schrankenlosesten Verteidigern der Schlichtungsfessel geworden. Als die Kommunisten im vergangenen Reichstag den Antrag auf Aufhebung des Schlichtungswesens (Drucksache Nr. 17) eingebracht, stimmten die Sozialdemokraten geschlossen mit den Partnern des Schwerkapitals gegen diesen Antrag. Wissell erklärte dazu:

„Ich halte eine Abänderung der Schlichtungsordnung weder für erforderlich, noch für wünschenswert.“

Als Vertreter der Schwerindustrie begrüßte der vollparteiliche Syndikus der IG-Farben und spätere Finanzminister Mohlenhauer die Ausführungen Wissells und fügte bezeichnenderweise hinzu:

„Meine Freunde legen Wert darauf, auch hier zu erklären, daß wir weder Feinde des Schlichtungswesens noch Feinde der Gewerkschaftsbewegung sind.“

Die Schwerindustrie weiß, wozu die Schlichtungsquillotte gut ist. Unter der Ministertätigkeit des ADGB.-Führers Wissell wurden mit ihr alle größeren Arbeitskämpfe abgewürgt. Die ADGB.-Führer sind die besten Scharfrichter gegen die um Lohn und Brot kämpfende Arbeitertasse.

Die Frauen sind nur Stimmvieh

Was haben die ADGB.-Führer in der Zeit, als sie der eigenen Arbeitsminister stellen für die werktätigen Frauen getan?

Nichts, rein gar nichts! Nur die Kommunisten hatten ihre speziellen Anträge zum Schutz für Mutter und Kind eingebracht. Sie forderten, daß die Beschäftigung von Frauen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft verboten wird, wobei der Lohn in voller Höhe weitergezahlt ist. Kündigungen sind von der Feststellung der Schwangerschaft bis zu einem Jahr nach der Niederkunft unwirksam. Ferner forderten die Kommunisten gesetzliche Schutzbestimmungen auch für die Landarbeiterrinnen und die Hausangestellten.

Mehr als ein Duzendmal aber widersprachen die ADGB.-Führer im Reichstag der Beratung dieser Anträge. Arbeitende Frauen, merkt euch das!

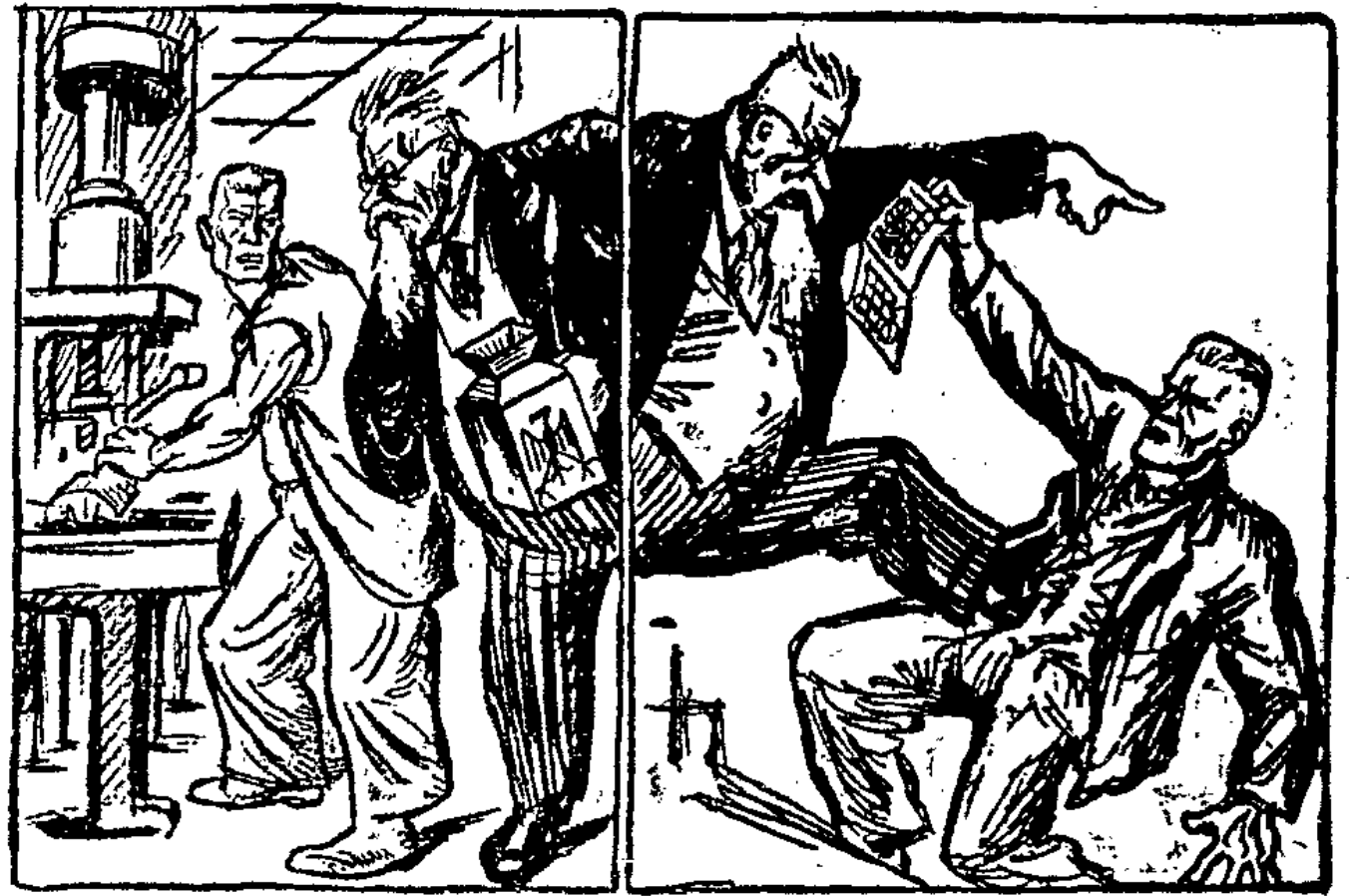
Millionäre wurden geichont

„Es ist kein Geld da“, war der Schwanengesang des Finanzministers Hilferding, wenn es galt, soziale Maßnahmen durchzuführen. Und weil angeblich kein Geld da war, folgten Massenerhöhungen und Massenerhöhungen. — Immer waren die ADGB.-Führer dabei, wenn es galt, diese Steuern zu bewilligen. Nur ein einziges Mal stimmten sie nicht zu, als die Kommunisten den Antrag auf die

Einführung einer Millionärsteuer

stellten. Dieser Antrag stand am 15. Mai 1929 zur Beratung und zur namentlichen Abstimmung. Die Herren Aufhäuser, Wissell, Grassmann, Larnow, Linderts und wie sie sonst alle heißen, stimmten gegen diesen Antrag.

Am gleichen Tage stimmten die Sozialdemokraten geschlossen für die steuerfreie 500-Millionenanleihe Hilferdings. Durch diese Anleihe wurde den Banken ein Millionengeschäft gemacht.



Wissell und die übrigen SPD.-Führer priesen die Einführung der Erwerbslosenversicherung als einen „großen Erfolg“. Die Arbeiter sollen Beiträge leisten und dafür einen „Rechtsanspruch“ auf Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Die Arbeiter haben Beiträge geleistet; als sie erwerbslos wurden, wollten sie von ihrem „Rechtsanspruch“ Gebrauch machen. Darauf erhielten sie vom Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister Wissell einen Fußtritt.

Ihre Verbrechen an den Erwerbslosen

Als im Jahre 1927 die Bürgerblut-Regierung unter dem Druck der Arbeiter und Erwerbslosen 25 Millionen Mark Winterbeihilfen für die Erwerbslosen und „Sozialbedürftigen“ bewilligte, meldete sich der Sozialdemokrat Karsten zu Worte, um im Reichstag zu betonen, daß diese Summe viel zu niedrig sei.

Der Winter 1928/29 war infolge der erbitterten Kälte besonders hart. Die Kommunisten stellten daher den Antrag (Drucksache Nr. 632), eine einmalige Sonderunterstützung für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten auszugeben.

Bei den Beratungen dieses Antrages begründete ADGB.-Führer, Minister und Ehren doktor Wissell selbst die Ablehnung mit folgenden Worten:

„Die einmaligen Beihilfen sind nicht inkasde, dauernd zu helfen. Sie sind vielmehr nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Reichsregierung hat sich gegen die Wiederholung von einmaligen Maßnahmen gewandt, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches wie auch der Gemeinden. Bei dieser Sachlage muß ich Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen.“

Prompt stimmten alle ADGB.-Führer im Reichstag wieder mit den Schwerindustriellen zusammen gegen den Antrag auf Winterbeihilfen. Derselbe Wissell aber, der die Ablehnung mit der „Finanzlage des Reiches“ begründet, war es, der sich nicht scheute, der Bewilligung des Panzerkreuzers A zuzustimmen.

„Wer für den sozialen Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Krüpfersorge ist, gibt seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei!“ so hieß es im Aufruf des ADGB. vor der Maiwahl 1928. Aber während 21 Monaten Regierungstätigkeit des sozialdemokratischen Hermann-Müller-Kabinetts erfolgte nicht der soziale Ausbau der Arbeitslosenversicherung, sondern alle Maßnahmen des Kabinetts richteten sich gegen die Arbeitslosen und brachten den radikalen Abbau der Arbeitslosenversicherung, der gegenwärtig vom Brüning-Kabinetts fortgesetzt wird.

Freie Bahn den Steuerschiebern

Die deutschen Kapitalisten haben rund 15 Milliarden ins Ausland verschoben. Vor der Wahl im Mai 1928 verlangten die Sozialdemokraten die „Offenlegung der Steuerlisten“. Am 8. Juni 1929 stand im Reichstag der kommunistische Antrag zur Verschärfung der Steuern auf die großen Einkommen zur Abstimmung. In diesem Antrag wurde auch die Offenlegung der Steuerlisten und die Befämpfung der kapitalistischen Steuerbetrügerei gefordert. Der Sozialdemokrat Herx beantragte unter dem tosenden Jubel der Rechtsparteien, über diesen kommunistischen Antrag einfach zur Tagesordnung überzugehen. Demgemäß beschloßen Sozialdemokraten, ADGB.-Führer, Bärjensjobber der Demokraten, Kohlenbarone der Volkspartei und Junter der Deutschnationalen.

Stegerwald, der Mann des ADGB.

Stegerwald, der „christliche“ Gewerkschaftsführer, zur Zeit Arbeitsminister, das ist der Mann, der das Vertrauen der reformistischen Gewerkschaftsführer besitzt.

Im Anschluß an die Beratung des diesjährigen Arbeitsetats brachte die kommunistische Fraktion im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen den Arbeitsminister Stegerwald ein. Begründet wurde dieses Mißtrauensvotum mit der Streichung der Sozialausgaben, der Kürzung der Wochenhilfe, den Abnahmemaßnahmen der Arbeitslosenversicherung und der Verbindlichkeitsklärung des Deenhauener Schandstiebspruches.

Die Abstimmung ergab: Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, stimmten geschlossen dagegen, während sich die Sozialdemokraten, die ADGB.-Führer und die Nationalsozialisten der Stimme enthielten. Anschließend an diese Abstimmung bedankte sich Stegerwald für ein solch gewaltiges Vertrauensvotum!

So bewiesen die ADGB.-Führer, daß sie auch außerhalb der Regierung die besten Stützen der kapitalistischen Ausplünderungspolitik gegen die Werktätigen sind.

Nieder mit dem Sozialverrat! Es lebe der Klassenkampf!

Unter dem Banner des revolutionären Internationalismus!

Die proletarische Revolution zerreißt die Fesseln der nationalen und sozialen Unterdrückung — Nur die Diktatur des Proletariats verwirklicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Das internationale Proletariat begrüßt das kommende Sowjetdeutschland

Die Programmserklrung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes hat bei der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder und bei unseren Bruderparteien begeisterten Widerhall und einmütige Zustimmung gefunden. Das Echo, daß die Programmserklrung in der ganzen Welt bei Freund und Feind gewirkt hat, ist ein Beweis für die übertragende politische Bedeutung dieses Dokuments.

Unsere Bruderparteien haben die Programmserklrung der KPD zum Anlaß genommen, um ihre internationale revolutionäre Solidarität mit dem deutschen Proletariat und seiner Partei im Kampf gegen die imperialistischen Raubvertrge zu bekunden und gleichzeitig ihr eigenes Programm zur Befreiung der Unterdrückten nationalen Minderheiten im Angesicht ihrer „nationalen“ Bourgeoisie feierlich zu proklamieren.

Die Programmserklrung der KPD und die Erklärungen unserer Bruderparteien bilden ein geschlossenes Ganzes. Sie sind das internationale proletarische Programm zur Befreiung der Nationen, das das Weltproletariat den Raub- und Unterdrckungsvertrgen der Imperialisten entgegenstellt.

Unter dem Banner des revolutionären Internationalismus zieht das Proletariat aller Länder geschlossen in den Kampf, um die Fesseln der sozialen und nationalen Sklaverei, die Ketten des Versailler Vertrages und des Young-Plans zu zerreißen und die in feindliche Nationen zerfllende kapitalistische Welt durch den Sturz des Kapitalismus und die Niederwerfung aller nationalen Schranken in den Weltbund der sozialistischen Sowjetrepubliken zu verwandeln.

Wir veröffentlichen in folgendem die Erklärungen der italienischen, der belgischen und der tschechoslowakischen Bruderpartei zur Programmserklrung der KPD. Die Erklärungen der französischen und der polnischen Partei wurden bereits in der kommunistischen Presse abgedruckt.

Nieder mit dem vlkernechtenden Faschismus!

Erklärung des Zentralkomitees der illegalen KP Italiens

Die Kommunistische Partei Italiens begrüßt mit Begeisterung die programmatische Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands, in der die KPD dem deutschen Proletariat und dem ganzen wertttigen deutschen Volke den Weg — den einzigen Weg — zu seiner sozialen und nationalen Befreiung gewiesen hat: Niederwerfung des kapitalistischen Regimes und Aufrichtung Sowjetdeutschlands, das alle imperialistischen Verträge vom Versailler „Friedens“vertrag bis zum Young-Plan zerreißt und das wertttige deutsche Volk von der doppelten Verklbung durch das deutsche und das ausländische Kapital befreit wird.

Die italienische Arbeiterschaft und das gesamte wertttige Volk Italiens, das nunmehr seit acht Jahren unter der blutigen faschistischen Diktatur der Bourgeoisie schmachtet, hat in diesen schweren Jahren aus eigener Erfahrung den wirklichen Wert der demagogischen, verlogenen „revolutionären“ Versprechungen des Faschismus kennengelernt, ähnlich denen, die die Faschisten in Deutschland heute dem wertttigen deutschen Volk machen.

Unter den „revolutionären“ Versprechungen des italienischen Faschismus vor der Regierungsübernahme war sogar „der Boden den Bauern“ und „die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter“. Als aber der Faschismus an die Macht gekommen war, hat er natürlich alle seine Versprechungen verlogen und hat die offene und brutale Diktatur des Großkapitals aufgerichtet und dem gesamten wertttigen italienischen Volk ein Hunger- und Sklaveregime auferlegt.

Nach wie in der Geschichte der Neuzeit hat das wertttige italienische Volk jenes Ausmaß des Elends gekannt, zu dem der Faschismus es geführt hat.

Der italienische Faschismus erklärt sich gegen die „Friedens“vertrge von Versailles, Saint-Germain usw. nicht um die Ketten der vom internationalen Imperialismus unterdrückten wertttigen Bevölkerungen zu erleichtern, sondern

einzig und allein zu dem Zwecke, einen größeren Anteil an der Beute für sich erhaschen zu können.

Die deutschen Einwohner Südtirols und die slavischen Einwohner Jullisch-Venetiens werden mit Eisen und Feuer von der faschistischen Diktatur in Ketten geschlagen, und jeder Versuch zur Zurückweisung dieser Diktatur wird im Blute erstickt. Die Erschießung des slavischen Bauern Wladimir Gortan auf Anordnung des faschistischen Sonder-Tribunals und die ununter-

Die proletarische Revolution bricht das nationale Joch

Erklärung des Zentralkomitees der KP der Tschechoslowakei

Der Kampf des deutschen Proletariats für seine nationale und soziale Befreiung ist Sache des Proletariats der ganzen Welt. Es ist dies ein Kampf, welcher die Ketten, mit denen der internationale Imperialismus die Welt fesselt, an der schwächsten Stelle sprengt. Es ist dies ein Kampf, der dem gesamten arbeitenden Volk der Welt den Ausweg aus der Krise zeigt — im revolutionären Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für die proletarische Diktatur.

Der tschechoslowakische Imperialismus ist ein Teilnehmer des Young-Plans, der ungeheure Elendlasten auf das deutsche Proletariat abwlzt und auch das Elend des tschechischen Proletariats erhöht, indem er den Konkurrenzkampf mit dem deutschen Imperialismus verschärft.

Der tschechische Imperialismus unterdrückt national die Millionen des deutschen arbeitenden Volkes in der Tschechoslowakei mit Zustimmung und unter Mitarbeit der deutschen Bourgeoisie, welche trotz ihrer nationalen Phrasen den Kampf gegen nationale Unterdrückung und für das Selbst-

bestimmungsrecht bis zur Lösung verraten hat, um sich gemeinsam mit der tschechischen Bourgeoisie die Reichtümer zu teilen, welche aus dem Schwelch und dem Elend des tschechischen und deutschen Arbeiters fließen.

Und in diesem Werke nationaler Unterdrückung findet der tschechoslowakische Imperialismus einen treuen Verbündeten in den sozialfaschistischen Führern. Der Sozialfaschismus, welcher heute in der Tschechoslowakei das Hauptinstrument der kapitalistischen Offensiv-, des Hungers und der Not ist, ist auch ein williges Instrument der nationalen Unterdrückung.

Das tschechische Proletariat, welches in der nationalen Bewegung in dem festen Glauben kämpfte, daß es um die nationale Selbstbestimmung kämpfte, welches in der nationalen Befreiung auch seine Befreiung sah, und welches in allen diesen seinen Hoffnungen so brutal enttäuscht wurde, hat kein Interesse an dieser Politik der nationalen Unterdrückung. Das tschechische Proletariat hat ein einziges Interesse — seinen Kampf für Freiheit und gegen die Unterdrückung mit dem großen Kampf des deutschen Proletariats für nationale und soziale Befreiung zu verbinden.

Der Kampf für Selbstbestimmung der Nationen bis zur Lösung, der Kampf gegen den räuberischen Versailler Vertrag und gegen den Young-Plan, der Kampf gegen nationale Unterdrückung und für Freiheit ist ein Bestandteil des großen Kampfes des tschechoslowakischen Proletariats gegen den tschechoslowakischen Imperialismus, gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung und für die proletarische Diktatur.

Einzig die durch die proletarische Revolution eroberte Befreiung aller Nationen wird die Grundlage der Zusammenarbeit aller Nationen werden. Und einzig die proletarische Diktatur bringt auch dem tschechischen Proletariat die Befreiung, wird die Grundlage einer wirklichen Selbständigkeit des tschechischen arbeitenden Volkes schaffen.

Wir begrüßen deshalb den heldenhaften Kampf des deutschen Proletariats. Wir begrüßen das Programm der proletarischen Diktatur, das Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, welches die KPD, der heldenhafteste Führer des deutschen Proletariats, vor die Arbeiterschaft Deutschlands stellt.

Wir erklären, daß die nationale Befreiung aller unterdrückten Nationen der Tschechoslowakei, die konsequente Durchführung der Losung „Selbstbestimmung der Nationen bis zur Lösung“ eine der ersten Taten der herrlichen proletarischen Revolution des tschechoslowakischen Proletariats sein wird, welche jede nationale Unterdrückung und die soziale Ausbeutung vernichtet, indem sie den Boden, die Fabriken, Gruben und das große Huservermgen in die Hände des arbeitenden Volkes gibt, und welche die Grundlage für die Vereinigung und brüderliche Zusammenarbeit aller arbeitenden Menschen ohne Unterschied der Nationalität am großen Werke einer neuen sozialistischen Welt schafft.

Nieder mit Versailler Vertrag und Young-Plan!
Es lebe die deutsche Sowjetrepublik!
Es lebe die Sowjetrepublik der Tschechei und Slowakei!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Wir werden den Versailler Raubvertrag zerreißen

Erklärung der Kommunistischen Partei Belgiens

Im Namen des revolutionären Proletariats Belgiens begrüßt die Kommunistische Partei Belgiens das Programm der sozialen Emanzipation und der nationalen Befreiung, das die Kommunistische Partei Deutschlands herausgegeben hat. Sie unterstützt voll und ganz den Kampf der deutschen Kommunistischen Partei gegen den Raubvertrag von Versailles und gegen den Young-Plan, den Plan der Verklbung der deutschen Arbeiter.

Der Vertrag von Versailles hat auch für die belgischen Arbeiter und besonders die flämische Arbeiter, die unter dem Joch des belgischen Imperialismus, dieses treuen Vasallen des französischen Militarismus, leiden, nichts als verrte Ausbeutung gebracht. Die Verklbung des deutschen Volkes durch den Young-Plan verrft und konsolidiert den belgischen Kapitalismus, den Hauptfeind der belgischen Arbeiter, er schwächt die proletarische Front. Die Unterdrückung des deutschen Volkes ist eine neue Kette für die belgischen Arbeiter. Deshalb ist der Kampf des belgischen Proletariats gegen den Young-Plan, gegen den Vertrag von Versailles ein Kampf für seine eigene Befreiung, gegen seine Bourgeoisie.

Deshalb erklärt die Kommunistische Partei Belgiens, daß sie mit allen Mitteln die deutsche Revolution gegen jeden Versuch der Intervention seitens der belgischen und internationalen Bourgeoisie unterstützt wird. Sie erklärt feierlich, daß nach dem Sturz des Kapitalismus in Belgien die proletarische Diktatur alle Reparationsforderungen und sonstigen Forderungen des belgischen Imperialismus an Deutschland, die mit voller Wucht auf die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen lasten, auf die Arbeiter der kommunistischen

Siegerländer drücken, annullieren und gleichzeitig alle von den kapitalistischen Regierungen Belgiens eingegangenen Schulden streichen wird.

Die ganze belgische Bourgeoisie von der äußersten katholischen Rechten bis zum Sozialfaschismus ist für den Young-Plan, für den Vertrag von Versailles, für die Unterdrückung der Bevölkerung von Eupen-Malmedy, die durch Gewalt und Betrug durch Belgien annektiert wurde.

Die belgische Kommunistische Partei anerkennt vorbehaltlos das Recht der unterdrückten Völker auf Selbstbestimmung bis zur Lösung vom belgischen Staat. Die belgische Kommunistische Partei unterstützt mit allen Kräften den Befreiungskampf des flämischen Volkes und der Bevölkerung von Eupen-Malmedy gegen den belgischen Imperialismus.

Die belgische Kommunistische Partei ruft alle Arbeiter auf zum Kampf

gegen den Young-Plan;
gegen die imperialistische belgische Regierung,

gegen die chauvinistische Jahrhundertfeier der belgischen Unabhängigkeit — ein Jahrhundert des Elends für die Arbeitermassen, der Verklbung für das flämische Volk,
gegen die Faschisten und die Sozialfaschisten, die Agenten und Lakaien der Bourgeoisie,

für die Diktatur des Proletariats, für Sowjet-Deutschland, für Sowjet-Flandern und Sowjet-Wallonien!

Das Zentralkomitee der KP Belgiens

37. des 1934

Wahlügen über die Wirtschaftslage Deutschlands

Von allen Wahlügen, mit deren Hilfe die Wahlkampagne geführt wird, muß die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die absolut verlogene Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes der deutschen Wirtschaft durch die bürgerlichen Politiker und Oligarchen sowie ihre falschlischen Söldlinge und sozialistischen Lakaien gelenkt werden. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Wortführer der Bourgeoisie weist überhaupt eine Reihe höchst bemerkenswerter Wendungen auf. Bei den ersten Anzeichen der gegenwärtigen ungeheuren Krise versuchten die Ideologen der Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Nachbeter die Dinge so darzustellen, als ob es sich nur um eine unbedeutende zufällige Störung der kapitalistischen „Prosperität“, um eine vorübergehende Störung des „organisierten Kapitalismus“ handelte. Es dauerte sehr lange, das Arbeitslosenheer wuchs immer mehr an, bis sie endlich die Krise „anerkannten“.

Nun erfolgte eine ziemlich schroffe Wendung: aus großen „Optimisten“ wurden die Handlanger des Finanzkapitals gleichsam auf Befehl zu ebenso entschiedenen „Pessimisten“. Sie malten den Stand und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung schwarz in schwarz, wobei die praktische Schlussfolgerung aus ihrem Pessimismus immer die gleiche war: die deutsche Wirtschaft hat schwer zu kämpfen, daher müssen Opfer gebracht werden... selbstverständlich ausschließlich von den werktätigen Massen und vor allem von der Arbeiterklasse.

Vom „Zweckpessimismus“ zum „Zweckoptimismus“

Dieser „Zweckpessimismus“ dominierte während der Frühjahrs- und Sommermonate in der gesamten bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse. Unnötig zu sagen, daß es der Hauptzweck der „pessimistischen“ Einschätzung der Lage war, die

Offensive der Kapitalisten gegen die Lebenshaltung des deutschen Proletariats und den Raubzug der Brüning-Regierung zu „rechtfertigen“.

Offenbar sind aber bis in die jüngste Zeit in den Reihen der Politiker der Bourgeoisie ernste Besürchtungen entstanden, daß man bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit diesem „Pessimismus“ nicht weit kommen könne. Und nun wird vor den Augen der staunenden Mitwelt eine neue jähe Schwemlung vorgenommen. Wie auf Kommando erheben sich in den letzten Wochen immer häufiger „optimistische“ Stimmen: die Mode des „Pessimismus“ macht der Mode des „Optimismus“ Platz.

Die politischen Ränge der Bourgeoisie sind aufsehend der Meinung, der „Optimismus“ wäre ein besseres Lockmittel der Parteien des Bürgerblocks für den Stimmenfang unter den werktätigen Massen.

Während aber die bisherige Welle des „Zweckpessimismus“ verlogen war im Sinne der Analyse der Ursachen der Krise und der Methoden ihrer „Heilung“, ist die gegenwärtige Welle des „Zweckoptimismus“ ein Betrug. Der augenblickliche „Zweckoptimismus“ stellt ein ganzes System gewissenloser Wahlügen dar, die die wirkliche Lage vollständig verzerren und auf eine bewußte Irreführung der Massen über den augenblicklichen Zustand der Wirtschaft des Landes berechnet sind. Der „Zweckoptimismus“ der Wahlkampagne ist ein verächtliches Abenteuer, denn seine Heroide malen ganz bewußt den Massen, die dem Hunger ausgeliefert sind, eine rosige Zukunft, an die sie selbst auch nicht einen Augenblick glauben.

Man muß in der Wahlpropaganda den Massen die Augen über diesen neuen Betrug öffnen, man muß den Handlangern der Bourgeoisie zeigen, daß sie mit dem Feuer spielen.

schon Herr Brüning, der Kanzler der Notverordnungen, im wahren Sinne des Wortes aus der Not eine Tugend. Die deutsche Bourgeoisie möchte im Hinblick auf die scharfe Krise sehr gern neue Auslandsanleihen und Kredite erhalten, doch niemand leiht ihr etwas. Herr Brüning aber wirft sich in Postur und erklärt stolz: Seht, wir bezahlen die Reparationen zu 60 Prozent aus unserem Ausfuhrüberschuß. Heute, wo die Reparationen infolge der Preissteigerung real eine schwere Belastung der deutschen Wirtschaft bedeuten, wo die Produktion um ein Fünftel bis ein Viertel zurückgegangen ist, wo folglich mehr als 25 Prozent der Arbeiterbevölkerung nicht produktiv ausgenutzt werden kann, ist die unerwartete und in ihren Auswirkungen katastrophale Kündigung der Auslandskredite ein Faktor, der die Krise des deutschen Kapitalismus, die Krise der

Young-Planes verhärtet Professor Wagemann als Prophet

Das zweite Argument der „Optimisten auf Bestellung“: die Notwendigkeit, die angeblich geräumten Warenvorräte des Handels aufzufüllen, stammt von Professor Wagemann, dem Direktor des Instituts für Konjunkturforschung und macht jetzt ebenfalls die Runde in der Presse und in den Wahlversammlungen. Die bürgerliche Zeitschrift „Die Bank“ hat vor kurzem eine kleine Blütenlese der „Prophetenungen“ veröffentlicht, mit denen das Konjunkturinstitut in der letzten Zeit haufiert geht. Diese Prophetenungen sind dazu angetan, ein homerisches Gelächter auszulösen.

Die neueste primitive „Theorie“ Wagemanns im „Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung“ (Nr. 21 vom 20. August) läuft auf folgendes hinaus:

„Der Absatz der Konsumgüterindustrien ist in den letzten Monaten stärker gesunken, als es dem laufenden Bedarf des Einzelhandels entsprach, weil unter dem Zwang der sinkenden Preise Einzelhandel wie Industrie zunächst ihre Lagervorräte räumen mußten und noch müssen. Hat diese Räumung aber eine gewisse Zeit angehalten, so führt notwendigerweise allein die Deckung des laufenden Bedarfs zu erhöhten Aufträgen und damit zu wachsender Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie.“

Diese Betrachtungen sind ein Musterbeispiel der „Konjunkturforschung“ im direkten Auftrage der Bourgeoisie, der Propaganda der Wissenschaft durch die Bourgeoisie. Vor allem ist nirgendwo zu sehen, daß die Konsumgüterindustrien ihre Produktion tatsächlich stärker eingeschränkt haben, als es der Senkung des Konsums entsprach. Eher könnte man annehmen, daß umgekehrt die Einschränkung der Produktion in diesen Industriezweigen nur widerstrebend hinter dem Rückgang des Konsums herhinkt. Daher widerspricht auch die Schlussfolgerung Wagemanns auf Grund rein abstrakter Berichte, als seien die Lagervorräte im Einzelhandel geräumt, den allgemeinen Tatsachen. Erst vor kurzem wurde auf dem Kongress der Vertreter des Handels festgestellt, daß die Warenvorräte in den verschiedenen Branchen des Handels gegenwärtig ein noch nicht dagewesenes Ausmaß erreichen.

Das von Wagemann entworfene Bild ist noch in der Beziehung verzerrt, als er erstens zwar den Rückgang des Konsums durch die Arbeitslosigkeit (wenn auch in offenkundig verkleinertem Maßstabe) berücksichtigt, aber den Konsumrückgang als unvermeidliche Folge des Lohnabbaus vollständig verschweigt und zweitens die Tatsache verheimlicht, daß das Sinken des Konsums, bedingt durch die Arbeitslosigkeit und den Lohnabbau, sich nicht auf einem bestimmten Niveau hält, sondern ständig zunimmt.

Berücksichtigt man diese elementaren Dinge, so bleibt von allen Betrachtungen des Professors Wagemann und den daran geknüpften Hoffnungen fast nichts mehr. Darin besteht ja gerade die spezifische Krise Young-Deutschlands, daß das deutsche Proletariat unter dem doppelten Druck der Ausbeutung durch die waterländische Bourgeoisie und durch die Bourgeoisie der Siegerländer auf ein solch erschreckendes Niveau des Konsums herabgedrückt ist, das eine der Ursachen der Verfaulung des deutschen Kapitalismus darstellt. Nur die Sprengung dieser erzwungenen engen Rahmen des Konsums durch den Sturz der „eigenen“ Bourgeoisie und durch die Befreiung der Sklavenketten kann der klaffende Widerspruch des modernen deutschen Kapitalismus gelöst werden.

Wahlkonjunktur auf Bestellung

Das Signal zu der neuen „optimistischen“ Wahlpropaganda gaben eine Reihe prominenter Vertreter des Regierungsblocks. Der Finanzminister Dietrich, dem es so gar nicht gelungen will, die leeren Kassen des Reiches zu füllen, sah seine besondere Mission darin, die Führung des Feldzuges gegen den „Zweckpessimismus“ zu übernehmen. Der Reichskanzler Brüning, der im ganzen Reich Wahlreden hielt, unterstützte ihn dabei. Auch der Reichsbahnpräsident Luther wurde spöhlisch bis zu einem bestimmten Grade „Optimist“. Und wie immer scharfzweckziele die bürgerliche „Wissenschaft“ eifrig hinter den bürgerlichen Politikern her. Prof. Wagemann, Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, veröffentlichte Mitte August eine „theoretische Begründung“ des amüßlichen „Optimismus“. Die Herzenergüsse der politischen Führer der Bourgeoisie und die „niedrigen“ Ausführungen ihrer „Gelehrten“ werden von den bürgerlichen Journalisten auf hundertfacher Weise populär gemacht.

Die „Optimisten“ beschränken sich nicht nur auf Worte, sie begeben auch „Taten“. Ihre „Taten“ sind aber ebenso verlogen wie ihre Worte. Die Brüning-Regierung entwarf einen ungeheuren Lärm im Zusammenhang mit den Aufträgen der Reichsbahn bei der Schwereindustrie. Die eifrigsten Schreiberfesseln der Bourgeoisie erklärten, daß diese Bestellungen den Anstoß geben müßten zur Umkehrung in der Entwicklung der Krise. Die gesamte Presse überstürzt sich förmlich in der Versicherung, daß die Aufträge der Reichsbahn weiteren 100 000 bis 120 000 Arbeitern Beschäftigung verschaffen müßten.

Inzwischen hat sich aber eindeutig herausgestellt, daß es sich dabei um eine ausgemachte Wahlmache des Regierungsblocks handelt. Sogar ein Blatt wie die „Bergwerkszeitung“ legt diese „Aufträge“ in Anführungsstriche. Die bürgerliche Zeitschrift „Die Bank“ polemisiert in Verbindung mit diesen „Aufträgen“ gegen die Veruche, eine „Konjunktur auf Bestellung“ zu schaffen. Es sind nämlich nachweislich nicht zusätzliche Aufträge, sondern von der Reichsbahn wegen ihrer finanziellen Schwierigkeiten bisher immer wieder hinausgeschobene Bestellungen, die nunmehr allmählich in Auftrag gegeben werden sollen und dazu teilweise in einem geringeren Umfang als sonst üblich. Und das ist ganz natürlich. Wie kann die Reichsbahn, die den Auswirkungen des Young-Plans vollständig unterworfen ist, die Quelle der Gesundung und des Aufstiegs der deutschen Wirtschaft werden?

Welche Argumente führen die neugeborenen „Optimisten“ an? Sie lassen sich im wesentlichen auf die folgenden zwei Hauptargumente zurückführen. 1. Deutschland kann durch die Senkung der Rohstoffpreise nur gewinnen; 2. Die Notwendigkeit, die geräumten Vorräte an Konsumgütern zu ergänzen.

Untersuchen wir diese Argumente, und räumen wir zunächst das Wort ihren Urhebern ein.

Herr Brüning als Optimist

Das erste Argument, Deutschland könne durch die Senkung der Rohstoffpreise nur gewinnen, wurde in seiner krassesten Form vom Reichskanzler Brüning in einer Rede angeführt, die die gesamte bürgerliche Presse abdruckte.

Es fällt wirklich nicht schwer, zu durchschauen, daß Brünings Erwägungen vom Anfang bis zum Ende eine fetze Wahlmache darstellen, die aber den Wähler nicht satt machen kann.

Man muß schon ein Ignorant sein oder die Wirklichkeit bewußt entstellen, um zu behaupten, „Deutschland könne durch die Senkung der Rohstoffpreise nur gewinnen“. Die ungewöhnliche Senkung der Rohstoffpreise ist ein charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen Weltkrise, der Krise des Weltkapitalismus. Sie ist ein krasser Ausdruck der gewaltigen Spanne zwischen Industrie und Landwirtschaft, des tiefen Gegenjages zwischen den Industrie- und Agrarstaaten im Weltsystem des Kapitalismus. Die Krise des Weltkapitalismus verhärtet diesen Gegenjag ungeheuer. In der gegenwärtigen

tigen Lage muß jeder Mensch, der vernünftiger Ueberlegung zugänglich ist, klar erkennen, daß die kritische Zuspitzung dieses Gegenjages nicht nur die agrarischen Länder, sondern auch die Industriestaaten trifft.

Besonders klar ist dies bei Deutschland. Wenn die deutsche Industrie Rohstoffe zu billigen Preisen erwirbt, so zahlt sie dafür letzten Endes einen sehr hohen Preis durch die Einengung ihrer Absatzmärkte. Im Zeichen der Weltkrise, wo der Außenhandel der hochentwickeltesten industriellen Länder stark zurückgeht, die Schutzollmauern immer höher werden, gewinnen die agrarischen Absatzmärkte für Deutschland eine außerordentlich große Bedeutung. Man muß schon blind sein, wenn man nicht sieht, daß gerade die Märkte in den agrarischen Ländern durch die Krise der Rohstoffpreise unvermeidlich besonders hart getroffen werden. Die Agrarländer, die Getreide und Lebensmittel ausführen auf der einen Seite, die Kolonialländer, die der Industrie Rohstoffe liefern, auf der anderen, spielen im deutschen Export, für die deutsche Industrie, als Absatzmärkte eine entscheidende Rolle. Man kann sich leicht vorstellen, wie die katastrophale Senkung der Rohstoffpreise auf die Aufnahmefähigkeit dieser Märkte zurückwirkt. Es ist absolut klar, daß gerade in der nächsten Zeit diese Märkte unter dem Einfluß des Preissturzes für Rohstoffe sich immer mehr einengen werden.

Diese Rekehrte der Medaille, die sich „Senkung der Rohstoffpreise“ nennt, und die Herr Brüning in der Wahlpropaganda „berühmt“, ist so offenkundig, daß auch das Institut für Konjunkturforschung, das, nebenbei gesagt, seine Hauptaufgabe in der Verschleiierung der Bedeutung der Widersprüche des modernen Kapitalismus sieht, in seinem letzten Vierteljahrsbericht darauf eingeht. In dem Bericht wird festgestellt:

„Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarmarkte, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird.“

Genau so „begründet“ ist die Freude des Herrn Brüning aus dem Anlaß, daß Deutschland die Reparationen nicht mit Hilfe neuer Anleihen, sondern „zu 60 Prozent aus dem reinen Ausfuhrüberschuß“ bezahlt. Hier macht

Ist der Tiefstand der Krise überwunden?

Die vorwichtigsten Presseorgane der Bourgeoisie erörtern sich heute, zu erklären, daß „der tiefste Punkt des Weltmetalltales erreicht ist“ („Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 31. August, Leitartikel unter dem bezeichnenden Titel „Beripetie der Wirtschaftskrise“). In Verbindung mit dem letzten Vierteljahrsbericht des Instituts für Konjunkturforschung, das bei all seiner apologetischen Einstellung nicht imstande ist, die ganze Tiefe und Schärfe der gegenwärtigen Krise zu verheimlichen, schreibt der „Vorwärts“:

„So ist es nicht ausgeschlossen, daß die diesmalige Prognose des Instituts etwas zu schwarz ausgefallen ist, besonders für Deutschland.“ („Vorwärts“ vom 5. September.)

Die Sozialfaschisten schwenken somit in die allgemeine Front der „optimistischen“ Wahlüge ein und enthüllen damit ihr niederträchtiges Handwerk als Verteidiger des Kapitalismus.

Die tatsächliche Lage der Dinge hat mit diesen Wahlügen nichts gemein. Im August hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Es ist absolut klar, daß der Herbst und der Winter eine unerhörte Verschärfung der Krise bringen werden, wenn nicht die proletarische Revolution das kapitalistische System hinwegfegt.

Nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammer hat sich im August die Lage fast in allen Industriezweigen ohne Ausnahme verschlechtert. Die Schwerkmetallindustrie schränkt die Produktion immer mehr ein, teilweise bis

zu 40 Prozent. Der Zerfall der Internationalen Rohstoffgemeinschaft hat zu einer starken Senkung der Weltmetallpreise geführt. Die deutschen Metallindustrien halten trotzdem im Innern des Landes die künstlich heraufgejagten Preise, die bis zu 60 Prozent höher liegen als die Exportpreise für Eisen, aufrecht. Die Maschinenbauindustrie ist nur zu 57 Prozent beschäftigt, was die niedrigste Ziffer während der ganzen verflohenen Zeit darstellt. Das Arbeitslosenheer ist in der ersten Augusthälfte um 3 Prozent angewachsen. Und das an Stelle der versprochenen Beschäftigung für 120 000 Arbeitslose in Verbindung mit der Bestellungen der Reichsbahn!

Die gegenwärtige Krise des deutschen und des Weltkapitalismus ist nicht, wie es die bürgerlichen und sozialfaschistischen Ideologen darstellen, eine „normale“ Krise, die keine ihrer Ueberwindung in sich selbst trägt. Die gegenwärtige Krise ist eine charakteristische Erscheinung des Kapitalismus in der Epoche seines Niedergangs, imperialistischer Kriege, proletarischer Revolutionen. Die Krise zeugt ein übriges Mal von dem faulen, vorübergehenden, labilen Charakter derselben kapitalistischen Stabilisierung, über die die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien so sehr triumphierten. Die Krise zeugt davon, daß nur der Sieg der proletarischen Revolution, die Aufriktion der Diktatur des Proletariats all die ungeheuren Widersprüche lösen kann, zu deren Lösung der Kapitalismus nicht fähig ist.

„Nur unter Führung der kommunistischen Partei könnt ihr siegen!“

Aus einem Lager der sowjetrussischen Roten Armee gingen gestern bei der Redaktion der „Roten Fahne“ eine Reihe von Briefen ein, die von einer lauten Verbundenheit der Kotarmisten mit den Kämpfen des Weltproletariats Zeugnis ablegen. Angehörige der Roten Armee des Fernen Ostens, dieser stahlharten Kampftruppe der proletarischen Diktatur, die den Imperialisten beim geplanten Raub der Ost-China-Bahn einschneidende Niederlagen zufügte, die in diesem Jahre an der Front des sozialistischen Aufbaues siegreiche Schlachten schlugen, rufen die deutschen werktätigen Wählermassen zur Wahl der Liste 4, der kommunistischen Partei Deutschlands auf.

So schreiben die Kotarmisten Lufin und J. Bekler vom Nowgoroder Regiment:

„Bei uns ist das Leben der werktätigen Arbeiter und Bauern wirklich besser, aber nur deswegen, weil das Proletariat unter der Leitung der kommunistischen Partei den Staat leitet; nur unter der Leitung der kommunistischen Partei haben wir im Bauernkrieg gestiftet, haben wir die Henker verjagt und bauen mit eigenen Kräften den Sozialismus auf. Sogar Amerika beneidet unseren schnellen wirtschaftlichen Aufschwung. Daß unsere Industrie wächst, daß unsere Landwirtschaft sich dem Sozialismus nähert, diese Erfolge sind nur dank der richtigen Leitung von Seiten der kommunistischen Partei erzielt.

Mein Ruf an euch: „Scharf euch engern um die kommunistische Partei! Gebt ihr eure Stimme bei der Reichstagswahl! Beschlagt die Fesseln des Kapitals!“

Der Rote Kommandeur der R.M. und B.M. schreibt: „Vergleicht die kolossalen Erfolge im sozialistischen Aufbau bei uns mit den Niederlagen, welche ihr gehabt habt, dann werdet ihr genau den Unterschied zwischen Leninismus und Sozialfaschismus sehen. In Deutschland einige Millionen Arbeitslose — bei uns im letzten Jahre 40 Prozent Verminderung der Arbeitslosen. Bei euch Young-Plan, bei uns Fünfjahresplan in vier Jahren usw. Bei euch hohe Steuern für den Kleinrentner, bei uns 40 Prozent der Kleinrentner von Steuern befreit.

Ihr seht also, was das Proletariat durch den Sturz des Kapitals erreichen kann. Dieses könnt ihr nur erreichen, wenn ihr euch vereint unter der Kampffahne der K.P.D. Kein bewußter Arbeiter darf seine Stimme einer anderen Partei geben als der K.P.D., denn nur diese führt und organisiert euch zum endgültigen Siege — zur proletarischen Revolution. Nieder mit den Imperialisten und Sozialfaschisten! Es lebe die K.P.D.! Es lebe die deutsche proletarische Revolution!“

„Für oder gegen den Faschismus“

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Großbritanniens, der „Daily Worker“, veröffentlichte anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland einen Leitartikel, in dem es unter anderem heißt:

„In Deutschland stehen Neuwahlen bevor, und dieser Wahlkampf ist von gewaltiger Bedeutung für alle Arbeiter und insbesondere für die britischen Arbeiter.

Denn der Wahlkampf wird um den Young-Plan herum ausgefochten, der zu Millionen Arbeitslosen, zu weit verbreiteter Armut, zur Lohnkürzung und zur Geharbeit geführt hat.

Dieser Young-Plan wurde der Arbeiterklasse Deutschlands von den Siegern des Räubervertrages von Versailles, mit Philipp Snowden an der Spitze, aufgezwungen.

Philipp Snowden erhielt das Ehrenbürgerrecht der Stadt London, ein Bankett in der Guildhall und den lauten Beifall der kapitalistischen Presse. Die Arbeiter Deutschlands erhielten längere Arbeitszeit, niedrigere Löhne und schrecklich verschlechterte Arbeitsbedingungen.

Der Wahlkampf ist, wie Genosse Heinz Neumann in seinem Artikel im gestrigen „Daily Worker“ nachwies, in Wirk-

lichkeit ein Aufmarsch aller kämpfenden Klassenkräfte, der für die gesamte künftige Entwicklung Europas von größter Bedeutung ist.

Diese Reichstagswahlen werden die Entscheidung der Massen für oder gegen den Young-Plan aufzeigen. Sie werden auch eine Entscheidung der Massen für oder gegen den imperialistischen Krieg sein. Sie werden eine Entscheidung der Massen für oder gegen den Faschismus sein, eine Entscheidung von der größten Bedeutung für die Zukunft Europas.

Die Massen werden zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie wählen und das Ergebnis wird ein Barometer der Radikalisierung der Arbeiterklasse Deutschlands sein. Vom Ergebnis hängt auch die gesamte Frage der Lohnhöhe nicht nur der Arbeiter Deutschlands, sondern auch der gesamten internationalen Arbeiterklasse ab.

Arbeiter Großbritanniens! Macdonald und Snowden, die

Verzicht gegen den Räubervertrag von Versailles gesprochen haben, sind bei der Niederlage der Arbeiterklasse Deutschlands durch den Young-Plan zu offenen Agenten der Bourgeoisie geworden. Bringt eure Solidarität mit den Arbeitern Deutschlands in ihrem Kampfe zum Ausdruck! Bekämpft den Young-Plan des Finanzkapitals! Kämpft gegen Faschismus und imperialistischen Krieg! Kämpft gegen die Arbeiterparteiregierung die die Löhne abbaut und zum Krlege treibt!“

Cappo-Wahlterror

Helsingfors, 11. September. Je näher der Termin der Wahlen rückt, desto mehr verstärken die Cappo-Faschisten ihren Terror gegen die Arbeiterklasse, die seine Möglichkeit am wenigsten läßt, ihre revolutionäre Tatkraft zu entwickeln.

In Abo wurde in der Nacht ein kommunistischer Stadtnotar von Cappo-Leuten entführt, bestimmungslos geprügelt und im Walde ausgelegt. In St. Marie wurde ein kommunistischer Stadtverordneter auf ähnliche Weise entführt.

In Pöytä wurde ein Angehöriger der Cappo-Bewegung bei einem Entführungsvorfall von Arbeitern zu Tode geprügelt.

Die Cappo-Faschisten haben für die ersten Oktobertage, nach den Reichstagswahlen, einen neuen Marsch nach Helsingfors angedroht, falls die Regierung nicht noch energischer die Ausrottung des Kommunismus betreiben werde.

Arbeiterblut fließt in Hankau

29 Kommunisten hingerichtet — Massenfundgebungen und Aienstreiks unterstützen die Rote Armee!

Shanghai, 11. September. Tschangkaifschs Henker haben in Hankau erneut 29 Kommunisten, chinesische Arbeiterinnen und Arbeiter, auf offener Straße hingerichtet. Zu diesen Massenhinrichtungen erteilen ausländische Imperialisten die Befehle, die sich angesichts des unaufhaltbaren Vormarsches der Roten Armee auf Hankau in größter Furcht befinden. Die französische Regierung hat bereits zwei Tanks in Hankau landen lassen.

Aber auch dieser Blutrand der Henker schreckt die um ihre Befreiung kämpfende tapfere chinesische Arbeiterklasse nicht. Trotz aller Massenhinrichtungen und grausamsten Verfolgungen unterstützt sie in immer härterem Maße die militärischen Operationen der Roten Armee durch Massenfundgebungen und Aienstreiks in den Betrieben.

an sich gerissen hat. Die Regierung hat starke Militärabteilungen in den Grubenbezirk geschickt, die strenge Umzäunung haben, mit äußerster Brutalität alle Umzäunungen niederzuschlagen.

Generalstreikbeschuß französischer Bergarbeiter

Paris, 10. September. Der Nationalrat des französischen Bergarbeiterverbandes hat für den 6. Oktober einen allseitigen Generalstreik als Protest gegen die Nichtberücksichtigung verschiedener Forderungen, darunter bezahlter Urlaube und Höhe der Altersrente, beschlossen.

Siebenstundentag marchiert

Die Moskauer Zeitung „Sozialistische Industriallizija“ teilt mit, daß in diesen Tagen viele Fabriken und Werke zum Siebenstundentag übergegangen sind und noch übergehen werden.

In der Baumwollindustrie gehen die Rodostter Weberei bei der Station Kuznitski, die Konfektionswerkstätte Nr. 18 in Moskau, in der Glasindustrie die Fabrik „Krajnij Mat“ in Moskau, in der Lederindustrie die Stawropoler Fabrik Nr. 4 mit Namen „Profintern“ in Stawropol in diesen Tagen zum Siebenstundentag über. Die Fabrik „Lenin“ in Koltow am Don und die Fabrik „Probeda Oktober“ in Nagan sind bereits in diesen Tagen zum Siebenstundentag übergeleitet worden.

In der schwedischen Stadt Söderlitz wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Abonnenten des eingegangenen sozialdemokratischen Blattes mit der konservativen Zeitung (!) beliefert werden.

Der Papst hat Dr. Christian Schreiber nunmehr zum Bischof von Berlin ernannt.

Wieder Kämpfe um Peshawar

Die Aktivität der Afridis ungebrochen

Bombay, 11. September. Aus Peshawar wird berichtet, daß die aufständischen Afridis, allen Angriffen mit Macdonalds Flugzeuggeschwader treuhand, eine Reihe von Dörfern in der Umgebung Peshawars besetzt haben und unter aktiver Hilfe der Bevölkerung Vorstöße gegen die Stadt unternahmen. Britische Militärdetachments kamen bereits mit einer Abteilung der Aufständischen in Stärke von 3000 Mann ins Gesicht.

In Kalkutta und im Bundesstaatgebiet hat die britische Polizei mehrere Bombenfabriken entdeckt und Massenverhaftungen vorgenommen.

Politischer Streik in Peru

London, 10. September. In Peru stehen 15 000 Arbeiter und Angestellte der Cerro de Pasco-Gesellschaft, einem Kupferkonzern, in politischer Streikbewegung gegen die Militärdiktatur, die nach der Revolution die Regierungsgewalt



Copyright by Internationaler Arbeiterbund, Berlin.

64 Fortsetzung.

„Erzellenz...“ Stalandoff war totablag geworden. Er fühlte plötzlich, daß er durch ein sonderbares Schicksal von der Hand fallen sollte, der er so treu gedient hatte. Dieser Gedanke übermächtig ihn, er fiel auf die Knie. „Erzellenz...“ Er hing er atemlos an — Sie irren sich, irgend etwas stellt sich zwischen uns.“

Wassiltschikoff sah mit Verachtung auf den bettelnden Stalandoff. Er schwieg, aber seine Hand griff mechanisch nach dem Revolver neben dem Telephon.

Stalandoff schüttelte es. Er fiel in sich zusammen und wich im Inständig zurück.

Wassiltschikoff hingelte.

Stalandoff spürte, daß jetzt der Tod über ihn kam. „Erzellenz...“ hat er wieder — was tun Sie?“ Tränen traten ihm in die Augen.

„Verräter!“

Ein Offizier kam herein. „Abführen! Im Keller einsperren. Ich komme bald nach.“

Stalandoff fiel in die Knie. „Erzellenz...“ fluchte er.

„Abführen, sage ich. Holen Sie noch einen herein und führt den Todeskandidaten ab.“

In wenigen Minuten sah Stalandoff im Kellerverließ. Er hatte das alles nicht erahnt, er fühlte nur, daß er bald sterben mußte... sterben... und durch weissen Hand?

Die Tür kreischte in den Angeln, an der Schwelle stand die rufige Gestalt des General Wassiltschikoff. „Was haben Sie auszulagen?“

„Erzellenz...“ begann Stalandoff eifrig drauflos zu reden, als wenn er fürchtete, daß der General ihn verlassen würde, bevor er ihm alles gesagt hatte. „Guer Hochwohlgeboren, hier liegt

ein großes Mißverständnis vor... ich bin das Opfer eines grauenigen Verrats.“

„Das sagen, alle. Sag lieber, was du weißt, sonst bist du in drei Minuten eine Leiche.“

„Erzellenz, ich weiß von nichts, ich weiß nichts. Erzellenz.“

„Du hast mir Dreieckstisch aus den Händen laufen lassen.“

„Nein, Erzellenz, hier liegt ein gefährlicher Irrtum vor, hier ist...“

„Also, willst du nicht ausagen?“ Er zog den Revolver aus der Tasche.

„Erzellenz, ich weiß nichts, gar nichts.“

Wassiltschikoff näherte sich Stalandoff. Dieser wich vor den unheilvollen Augen des Generals zurück. Einige Sekunden herrschte Totenstille. Stalandoff wich immer weiter zurück bis in die dunkelste Kellerecke, hob schüchtern den Arm vor's Gesicht und sah Wassiltschikoff mit schuldlosen, um Mitleid bettelnden Augen an.

Aus Wassiltschikoffs Augen schossen Haß und Unerbittlichkeit. „Wenn man General Wassiltschikoff zum Narren hält, zahlt man es mit dem Leben!“

Zwei Schüsse trachten.

★

General Wassiltschikoff lag völlig gebrochen in seinem Lehnstuhl. Er hielt die Augen geschlossen, sein Gesicht war weiß und eingefallen. Leise wiegte er sich im Stuhl, als wenn er sich in ewigen Schlaf wiegen wollte.

Jetzt war General Wassiltschikoff etwas ruhiger geworden. Er wußte, es waren die letzten Minuten seines Lebens.

„Einen anderen Ausweg gibt es nicht für mich... Vor einem Jahr noch war die Situation so günstig, die Armee war stark, der Marsch auf Moskau stand so fest... Und nun? Nun ist alles aus. Was kann uns noch retten? Alles zerfällt...“

Er erinnerte sich daran, wie auf der letzten Sitzung des Generalstabs Kollischal ihm ins Gesicht geschleudert hatte, daß keine ganze Konterespionage nichts taugt... Womit konnte er jetzt beweisen, daß er an diesem Zusammenbruch nicht schuldig war? Daß Stalandoff ihn hinteres Licht gebl... hatte, daß er ein Provokateur war? ... Wer würde es ihm glauben? War es nicht möglich, daß Kollischal ihn verhassten und erschließen ließ wie er Stalandoff? ...

Ein Gedanke schoß ihm durch den Kopf, vielleicht war Sta-

landoff genau so wenig schuld wie er selbst? Vielleicht hatte er ihn zu Unrecht erschossen?

Plötzlich sah er in einer dunklen Ecke ein Paar flehende Augen: „Erzellenz, ich weiß nichts, gar nichts.“

Der General sank noch mehr in sich zusammen. „Nein, Erzellenz, es ist ein Irrtum, ein grauenvoller Irrtum...“

Wassiltschikoff erschauerte, stand langsam auf und ging mit schweren Schritten ans Bett.

Im selben Augenblick klingelte das Telephon.

„Hallo... Zwanow... Tagwache? Ja, Wassiltschikoff...“

Wie?... Vielleicht verschoben wir es auf morgen... Nicht?... Na also, melden Sie... Diese drei auf dem Wagen, erschossen... den Zug zum Halten gebracht... Die Post beraubt... Er ließ den Hörer fallen. — Das ist das Ende. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Soll ich vielleicht abwarten, bis ich ein Ende finde wie Stalandoff?“

Er stand auf und nahm den Revolver. Sein Auge fiel auf das Heiligenbild an der Wand. Er trat leise heran und begann sich inbrünstig zu betheuern.

Lange betete er, neigte sich tief vor dem Heiligenbild und ließ sich auf die Knie nieder. So blieb er lange in demütiger Stellung.

Sachte wurde die Tür geöffnet, und Maria trat herein. Sie sah die betende Gestalt und blieb wartend stehen. Groß Tränen rollten über ihre Wangen. Unwillkürlich betheuert auch sie sich. Wassiltschikoff hielt inne und hob noch einmal kniend den Kopf zum Heiligenbild empor. Dann sah er sich um und sagte flüsternd:

„Berzeih, Maria, daß ich dich allein lasse...“

Er hob den Revolver und setzte ihn an die Schläfe.

Maria schrie auf. Wassiltschikoff fiel tot zusammen.

Der letzte Schlag

Am frühen Abend zog sich die Rote Armee aus Kiew zurück. Der Himmel war klar und zeigte noch rötliche Streifen. Die Kuppeln der Kiewer Kirchen glänzten noch einmal in der untergehenden Sonne auf, aber von Osten her rühten dicke Nachtthatten näher.

Denkins entlassene Truppen konzentrierten sich von neuem um Kiew und umzingeln die Stadt mit ihren knöchernen Totenarmen.

(Fortsetzung folgt.)

Breslau

Kommunisten, Wahlhelfer!

Meldet euch rechtzeitig in den Wahllokalen! Noch sind wichtige Arbeiten vor dem 14. September zu erledigen! Auf jeden kommt es an! Heute um 19 Uhr Auftreten! Alles für den Sieg der Liste 4!

Ost: Anton Doubld, Königsgräber Straße 10.
Nord: Salomon, Rosenstraße Ecke Ottostraße.
Nordost: Rabierstraße, Gieschstraße Ecke Bodstraße.
Zentrum: „Roter Stern“, Kupferstraße.
West: „Anglerheim“, Leuthenstraße.
Süd: Freiheitsgasse 2 (Rote-Hilfs-Küche).

Verkaufte Gurken für den Proleten gut genug

Der wohnungslose Arbeiter A. erhielt vorübergehend Unterkunft im Asyl für Obdachlose. Seine Aufnahme wurde sofort von der Leistung einer Pflichtarbeit abhängig gemacht. Er erhielt, ähnlich wie die anderen Insassen des Asyls, folgendes Schreiben:

Deputation

an die Anstalten des Wohlfahrtsamtes

Magistratsbüro 13

Uebereinstimmung

Dem wird vom 9. 9. bis 15. 9. 30 auf Grund des § 19 der Fürsorgepflicht-Verordnung vom 13. 2. 24 und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen Arbeit in den städt. Arbeitsanstalten Niedergasse 8/10 angewiesen. — Er hat sich an jedem dieser Tage spätestens um 8 Uhr zum Arbeitsantritt zu melden. — Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden (8—11 Uhr). — Bei Nichterscheinen oder Arbeitsverweigerung wird ihm die weitere Uebernachtung im Asyl für Obdachlose verweigert. Erstattung der Strafanzeige bzw. Antrag auf Strafverfolgung auf Grund des § 301 Biffer 5, 6, 7 und 8 des Reichsstrafgesetzbuches bleibt vorbehalten.

Breslau, den 9. 9. 30.

J. A. gez.: R. I. d. e.

It schon der Zustand, daß die Benutzung des Asyls von der Leistung einer Zwangsarbeit abhängig gemacht wird, standalös, so müssen die Zustände auf der Arbeitsstelle selbst den schärfsten Protest hervorrufen. Den dort Beschäftigten ist das Singen von Arbeiterliedern verboten. Das Essen spottet jeder Beschreibung. Gestern zum Beispiel gab es Kartoffelsuppe und Gurken. In der Kartoffelsuppe fand man Schweben. Als die Arbeiter die Insassen dem Aufseher zeigten, höhnte er und meinte, er wisse nicht, welcher Gattung diese Tiere angehören. Die Gurken waren total verfault und stanken wie die Pest. Es wird behauptet, daß in dem Keller noch zwei ganze Tonnen dieser verfaulten Gurken aufbewahrt werden, die nach und nach den Arbeitern als Essen vorgesetzt werden sollen.

Proletariat, die Zustände auf der Niedergasse sind ein Vorzeichen dessen, was auch allen blüht, wenn es nicht möglich werden sollte, die Ausbeuterklasse der deutschen Bourgeoisie zurückzuschlagen. Mann für Mann — seht euch zur Wehr! Wählt Liste 4!

Jeder nahm eine . . .

Am gestrigen Tage erschienen in unserem Parteibüro vier Kriminalbeamte. Sie gaben an, den Auftrag zu haben, nach verbotenen Schriften zu suchen. Als solche bezeichneten sie die Broschüren „Kommunismus die einzige Rettung“, „Faktenzeug und Sozialkritik“ und „Die rote Front“. Die Beamten gaben sich die redlichste Mühe und fanden — vier Exemplare der Broschüre „Kommunismus die einzige Rettung“. Jeder nahm einen — und sie zogen ab.

Berufs zur Elternversammlung der weltlichen Schule Osener Straße!

Alle Eltern erscheinen morgen um 20 Uhr im Lokal Doubld, Königsgräber Straße 10. Tagesordnung: 1. Bericht von der schlesischen Kulturkonferenz. 2. Reichstagswahlen. 3. Elternbeiratswahlen. Alle Eltern werden in den nächsten Tagen für die Liste „Proletarischer Schulkampf“.

Stoep bestätigt Schramms Lohnraubplan

Gestern fand in Zimpel eine von der SPD. einberufene und von etwa 100 Personen besuchte Wahlversammlung statt. Als Referent trat der Stadtverordnete Stoep auf. In der Diskussion legte ihm unser Genosse Biewald u. a. folgende drei Fragen vor:

1. Ist es wahr, daß der Stadtrat Schramm einen Lohn-abbau vorbereitete, der der Stadt 250 000 Mark Ersparnisse bringen soll?
 2. Weßhalb hat die Sozialdemokratische Partei den außerparlamentarischen Kampf der Neubausmieter in keiner Weise unterstützt?
 3. Weßhalb hat die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Mieterantrag mit niedergestimmt, der die restlose Verwendung der Hauszinssteuer zu Wohnbauzwecken forderte?
- Auf keine der drei Fragen hat Stoep eine klare Antwort gegeben. Zu der Frage 3 meinte er, daß der kommunistische Antrag nicht nur die Hauszinssteuer behandelte und wegen seines anderen

Rote Fahnen heraus! Schmückt die Proletenviertel mit Transparenten über Straßen und an Häusern!

„Wir haben das Kapital gerettet“

Westphal gesteht es in der SPD.-Jungwählerversammlung — „Demokratie“ mit Rollkommando und Hausrecht

Am Mittwoch fand im Gewerkschaftshaus eine Jungwählerversammlung der SPD. statt. Nichtmitglieder mußten 20 Pfg. Eintritt zahlen. Da bekanntlich die Jungarbeiter nur Hungerlöhne erhalten, ist der Zweck klar: man will verhindern, daß jene, die als Jungverworbene durch die Hermann-Müller-Regierung der sowieso schon lässlichen Unterdrückung beraubt wurden, die Frage an Herrn Westphal gerichtet hätten, ob das eine arbeiterfreundliche Tat ist.

Die Versammlung begann mit einem Intermezzo zwischen den „Linken“ und den „Rechten“ SPD'ern. Die einen waren der Auffassung, das Beste wäre, die schwarzrotgoldene Bannerfahne bei dieser Versammlung in die Ecke zu stellen und nur mit Rot zu glänzen. Der Reichsbannergeneral machte Krach. Der große Mäx Westphal ließ sein Donnerwort ertönen und sagte:

„Hätte ich das gewußt, daß ihr die Reichsfarben nicht in den Saal lassen wollt, wäre ich nicht erst den weiten Weg hierher gekommen. Die Fahnen kommen rein, sonst spreche ich nicht.“

Herr Genosse Schüller, der „linke“ Jungsozialist, veranlaßte dann, daß die schwarzrotgoldenen Fahnen in den Saal kamen.

Die Rede des Herrn Westphal war gut durchdacht. Geschickt alle gefährlichen Klippen umgehend, sehr viel mit Demagogie und Blöge operierend, versuchte er klarzumachen, daß nur einzig und allein die SPD. die Interessen der Arbeiterjugend vertritt. Nachstehend einige Ergüsse aus seinem Referat:

„Die SPD. kämpft gegen die politische Entrechtung der deutschen Jugend.“

Um das recht glaubhaft zu machen, wiederholte er es dreimal. — (Siehe Vereinsgesetz, Schuß- und Schundgesetz, Verbot der roten Jungfront usw.)

„Was in Deutschland zu retten war, ist von uns gerettet worden.“ — Die Interessen der Kapitalisten sind aufs Beste verteidigt worden.

„Die verständige Jugend kommt zur Sozialdemokratie, die unverständige geht zu den Kommunisten.“ — Zwischenruf: „Und die von

der SPD. nach jahrelanger Mitgliedschaft zur kommunistischen Jugend kommen?“

„Wir müssen unseren Geist schulen, kann haben wir den Weg zur besseren Existenz.“ — „Der Reichsausschuß deutscher Jugendverbände ist eine soziale Kampfgemeinschaft!“ — Darin so finden sich Faschisten mit SWJ.-Führern in trauriger Gemeinschaft. „Die Kommunisten kommen gar nicht in Frage. Sie werden bald am Ende sein.“ — Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

Herr Westphal wurde schließlich nervös, als ihn die anwesenden Jungkommunisten mit Zwischenrufen attackierten, und er schloß bald seine Rede. Der „linke“ Schüller gab dann bekannt, daß eine „Diskussion mit zehn Minuten Redezeit stattfinden“ (Demokratie). Das Hausrecht stehe ihm zur Verfügung.

Unter Genosse Karl Schirdewan sprach in der Diskussion. Er kennzeichnete den Weg des Verrats der Interessen der Arbeiterjugend durch die SWJ.-Führung und die SPD.-Führer und stellte der „sozialen Kampfgemeinschaft“ der SWJ.-Führer mit den Faschisten im Reichsausschuß deutscher Jugendverbände die revolutionäre Kampfeinheit aller Jungproleten unter Führung des kommunistischen Jugendverbandes entgegen. Die Massenarbeit von SWJ.-Genossen zum kommunistischen Jugendverbande müssen für alle Jungproleten das Beispiel sein, daß sie ebenfalls Schwere machen müssen mit der Partei des Arbeiterverrats. Alles für den Sieg der Liste 4!

Schüller, der „linke“ Oberdemagoge, entzog dem Genossen Schirdewan das Wort. Er ließ einige Jungarbeiter, die zur Geschäftsordnung sprechen wollten, hinauswerfen. Das Rollkommando traktierte sie draußen mit Stöcken.

So endete die Versammlung nach dem üblichen demagogischen Schlusswort des Referenten nach außen als Sieg der SPD. — In Wirklichkeit aber als ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit, die Einheitsfront der Jungarbeiter gegen die sozialfaschistischen Demagogen zu schließen. Jungproleten, her zu uns! Reicht euch an Alles für den Sieg der Liste 4!

Nazibanditen drohen mit Revolver

Am Donnerstag ereigneten sich folgende Vorfälle: Um 11,30 Uhr provozierten Naziflugblattverleiher an der Sandbrücke die Arbeiter. Es entstand ein Aufruhr, worauf ein Nazifunktionär den Revolver zog und die Arbeiter bedrohte. Die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern, worauf der Bandit in das Nazibüro am Universitätsplatz floh. Die Frau des Lokalbesizers Tschinkel streute den in der Nähe stehenden Arbeitern Pfeffer in die Augen, um sie von der Verfolgung des Revolverhelden abzuhalten. Auf Aufforderung durchsuchte die Polizei das Lokal nach Waffen, lehrte aber resultatlos zurück. — Ebenfalls vormittags provozierten die Hakenkreuzler die Erwerbslosen auf der Sternschanze. Schließlich ergriffen sie die Flucht und wurden von den Erwerbslosen bis in ihr Büro auf der Herzogstraße 4 verfolgt. Aus diesem Büro trat plötzlich der Propagandachef der Nazis, Zenscher, heraus und bedrohte die Erwerbslosen mit dem Revolver. Als

die Erwerbslosen versuchten, ihm die Wadnwaffe zu entreißen, schüchelte er in den Hausflur. Die Proleten verlangten von der Polizei die Durchsuchung Zenschers nach Waffen. Die Polizei kam der Aufforderung nicht nach. Statt den Revolverhelden zu durchsuchen, trieb sie die Arbeiter auseinander.

Gestern abend gegen 21 Uhr versuchte der Nazi Georg Ring, in den Steinbraden Lange Gasse wohnhaft, einen Arbeiter zu überfallen. Mit einem französischen Bajonett wollte er ihn „in die Wampe stechen“. Er kam aber dabei an den Verteilern. Sämtliche Bewohner der Braden sind empört über diese neueste „Selbsttat“ eines Nazistrolches.

Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, die Faschisten sind eure Todfeinde. Schließt die rote Einheitsfront zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus!

Alles für den Sieg der Liste 4!

Auf zur Wahldemonstration am Sonnabend

Stoep bestätigt Schramms Lohnraubplan

Gestern fand in Zimpel eine von der SPD. einberufene und von etwa 100 Personen besuchte Wahlversammlung statt. Als Referent trat der Stadtverordnete Stoep auf. In der Diskussion legte ihm unser Genosse Biewald u. a. folgende drei Fragen vor:

1. Ist es wahr, daß der Stadtrat Schramm einen Lohn-abbau vorbereitete, der der Stadt 250 000 Mark Ersparnisse bringen soll?
 2. Weßhalb hat die Sozialdemokratische Partei den außerparlamentarischen Kampf der Neubausmieter in keiner Weise unterstützt?
 3. Weßhalb hat die sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Mieterantrag mit niedergestimmt, der die restlose Verwendung der Hauszinssteuer zu Wohnbauzwecken forderte?
- Auf keine der drei Fragen hat Stoep eine klare Antwort gegeben. Zu der Frage 3 meinte er, daß der kommunistische Antrag nicht nur die Hauszinssteuer behandelte und wegen seines anderen

Inhalts von der SPD. abgelehnt werden mußte. Dieser andere Inhalt forderte nämlich die Aufstellung und Durchführung eines kompletten Wohnungsbauprogramms! Zu der Frage 2 meine Stoep, daß er gegen die Verschärfung des außerparlamentarischen Kampfes sei. Damit stellte er sich in Widerspruch zu den Beschlüssen der letzten Streikversammlungen in Zimpel und Pöpelwitz. Die Frage selbst beantwortete Stoep nicht. Zu der Frage 1 gab Stoep überhaupt keine Antwort. Mit der Behauptung, der Fall sei „schon längst gelöst“ brückte sich Stoep um die Befriedigung der für die SPD. peinlichen und für ihre Politik charakteristischen Angelegenheit.

Arbeiter, kann die Politik einer Partei, die für Wohnbau eintritt, den außerparlamentarischen Kampf der Mieter nicht unterstützen und Mieteranträge niedergestimmt, noch arbeiterfreundlich bezeichnet werden? Nein! Keine Stimme dieser Partei! Alles für den Sieg der Liste 4!

Wahlkundgebungen am Sonnabend

- Görlitz:** 20 Uhr, Referent: Genosse Ulrich.
Grünberg: 15 Uhr, Ressourcenplatz, Ref.: Gen. Wallweber.
Glogau: 10 Uhr, Franziskanerplatz, Referent: Genosse Paris.
Langenbielau: 20 Uhr, Rathausplatz, Ref.: Gen. Hoffmann.
Strehlen: 16 Uhr, Referent: Genosse Müller.
Ostau: 20 Uhr, Ring.
Brieg: 19 Uhr, Ring, Referent: Genosse Müller.
Girschberg: 17 Uhr, Referent: Genosse Ulrich.
Jauer: 19 Uhr, Ring.
Freiburg: 15 Uhr, Referent: Genosse Döhl.
Schweidnitz: 18 Uhr, Referent: Genosse Döhl.
Königszell: 20 Uhr, Referent: Genosse Döhl.
Liegnitz und Striegau.

Mittelschlesien

Welche Partei wählen die Arbeitsinvaliden?

Ein parteiloser Invalide übermittelt uns die September-Nummer der „Deutschen Invalidenzeitung“, in der zur Wahl der Sozialdemokratischen Partei aufgefordert wird. Der Invalide macht auf eine Reihe von Mängelungen, aus denen klar hervorgeht, daß die Sozialdemokratie eine sozial-reaktionäre Partei ist. Er fordert deshalb alle Invaliden auf, die Stimme der Liste 4 zu geben.

Neumarkt. Eine erfolgreiche Wahlversammlung in der Genosse Brodke aus Breslau als Referent auftrat, fand in Neumarkt am Dienstag statt. Von den Gegnern wagte keiner in der Diskussion zu sprechen. Arbeiter, greift an! Alles für den Sieg der Liste 4.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Ernst Wallweber, Breslau für Oberschlesien Fritz Jendrowsch, Hindenburg. Für Inserate: Karl Gansdort, Breslau.

Die Erwerbslosen sollen verrechnen!

Nur die Toten bekommen Krankenschein ohne Vorausbezahlung

Auf Grund der Diktaturverordnung, die bekanntlich in ihrem Inhalt bereits von der sozialdemokratischen Müller-Regierung vorberichtet wurde, muß für die Entnahme eines Krankenscheines der Betrag von 50 Pfennig entrichtet werden. Dieser Betrag wird auch von den Erwerbslosen, ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer Unterstützung, gefordert. Den Erwerbslosen, die beim besten Willen nicht in der Lage sind, 50 Pfennig zu bezahlen, wird anheimgestellt, sich vom Bezirksvorsteher einen sogenannten Mittel-Istighaltschein zu besorgen, mit der Maßgabe, daß die 50 Pfennig von der Unterstützung abgezogen werden. Die Bezirksvorsteher lehnen jedoch in der Regel die Ausstellung dieses Scheines ab. Nur dann, wenn „unmittelbare Lebensgefahr“ besteht, soll die Möglichkeit bestehen, den Krankenschein auch ohne vorherige Zahlung der 50 Pfennig zu erhalten.

ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Die Sozialdemokratie versucht, diese Erbitterung zur Gewinnung von Stimmen auszunutzen, indem sie das Kabinett Brüning als das allein schuldige hinstellt. Es ist jedoch Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer mit den Maßnahmen des Brüning-Kabinetts einverstanden sind. Das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß sie in dem Ueberwachungsausschuß nicht für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Diktaturverordnung gestimmt haben.

Nur die Kommunisten führen den schärfsten Kampf gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung. Dieser Kampf muß zu einem Massenkurm gesteigert werden. Arbeitslose, Betriebsarbeiter, reißt euch ein! Gebt eurem Kampfeswillen Ausdruck durch die Abgabe eurer Stimme am 14. September für die Liste 4, kommunistische Partei!

Die Durchführung dieser rigorosen Maßnahmen hat eine

Waldenburger Bergland

Wie die Reichspost bestrebt ist, die Arbeitslosigkeit zu heben

Bei den Sonderfahrten der Reichspost, welche die Bergarbeiter von und zur Arbeitsstelle auf den einzelnen Schachtanlagen besördert, werden Autoomnibusse benutzt. Diese Postautos werden auch außerdem benutzt zu den von der Post vorgesehenen Linienfahrten, ebenso auch zu Sonntag-Sonderfahrten für Vereine oder Gesellschaften. Wer nun glaubt, daß die Chauffeure eine geregelte Arbeitszeit von acht Stunden haben, ist im Irrtum. Die meisten Tage haben die Chauffeure 10-12 Stunden Dienst ohne Unterbrechung, ohne Rücksicht darauf, daß die Beförderung von Menschen eine gewisse Sicherheit bieten muß, und nur ein Mensch, der ausgerubt, körperlich und geistig frisch ist, die notwendige Umsicht, Entschlossenheit und Sicherheit hat. Ist doch erst im vergangenen Winter ein Postautounfall zu verzeichnen gewesen, bei dem zum Glück kein Menschenleben zu beklagen war. Der Autounfall kam infolge Tauwetters im Nittschen und fuhr in den Straßengraben auf der Straße Felshammergrube nach Nieder-Hermisdorf.

Der Dienst der Chauffeure beginnt meistens früh 5 Uhr mit der ersten Tagarbeitsfahrt, und endet um 23 Uhr mit der letzten Linienfahrt von Nieder-Hermisdorf ab. Hinzu kommt, daß ein Chauffeur, der in Salzbrunn wohnt, gegen 23,45 Uhr nach Hause fahren kann, und meistens dann schon den anderen Tag früh 5 Uhr wieder die erste Fahrt machen muß. Des Sonntags ist es noch schlimmer, weil dann das erste Auto 24,35 Uhr ab Nieder-Hermisdorf fährt.

Herr Gemeindefunktor, möchten Sie nicht die Güte haben, und hier einmal nach dem Rechten sehen? Vor etwa vierzehn Tagen ist nun ein Chauffeur entlassen worden, weil er angeblich die Dienstvorschriften überschritten haben soll, und die Nichterhaltung darin besteht, daß der Chauffeur bei der Wartestelle sich ein Glas Bier gekauft hatte und von einem kassierten Kontrolleur (Denunziant) gemeldet wurde.

Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Das macht aber der Denunziant Gärtnert selbst? Herr Gärtnert, erinnern Sie sich nicht mehr, daß Sie in Gottesberg einen Postautokauffeuer dazu verleitet, Grog mit Ihnen zu trinken? Herr Gärtnert, Sie sind auch für die Reichspost Fahrer. Haben Sie es schon vergessen, daß vor kurzer Zeit anlässlich des Freimendens der Fahrtschüler Sie mit denselben eine Exkursion nach Alt-Reichenau unternahmen, dort in einem Lokal mit denselben Bier getrunken haben? Sicher nicht nur eine Rundel. Vielleicht interessiert die Oberaufsicht sich einmal für diesen Mann. Den Postautokauffeuer bitten wir, einmal zu überlegen, ob es notwendig ist, solche Denunzianten zu haben.

Wir empfehlen euch, schließt euch der revolutionären Gewerkschaftsopposition an und kämpft mit uns um geordnete Zustände!

Achtung, Wähler in Vorbereitung

Der sogenannte günstige Wind weht uns zwei Aufklärungsblätter Nr. 310 und 311 der Nazis auf den Tisch. Diese beiden „Aufklärungsblätter“ enthalten die widerlichsten Lügenberichte über Sowjet-Rußland. Das eine betitelt sich „Kulturbilder aus Sowjet-Rußland“ und das andere „Ein Jahr Sowjet-Rußland“. Durch unsere Nachrichtenagentur erfahren wir, daß die Nazis Anweisung gegeben haben, diese Lügenblätter erst ein oder zwei Tage vor der Wahl herauszugeben.

Niederschlesien

Ein Reichswehrsoldat in Grünberg vergewaltigt 66-jährige Frau

Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am 4. September in Grünberg folgendes:

Am dem genannten Tage machte sich die 66 Jahre alte Frau Auguste Kleinmann aus der Berliner Straße 20 auf den Weg, um Pilze zu suchen. Sie ist sehr schwach, da sie als Wohlhabensunterstützung gemeinsam mit dem Gatten nur 12 Mk. bezieht. Vor dem Hause des Wäckermeisters Böhld wurde sie von dem bei Böhld in Quartier liegenden Reichswehrgewaltigen Genschel angegriffen, der ihr 5 Mark andot mit der Aufforderung, zu ihm zu kommen. Frau Kleinmann lehnte ab und ging weiter. Genschel beobachtete sie und ging ihr nach. Kurz hinter dem 1. Schacht der Wäckermeisterverwaltung auf der Lösserstraße wurde sie festgehalten auf die Frau, die vor Schreck ohnmächtig wurde. Sie kämpfte hin und her, versuchte sich zu befreien. Trotzdem führte Genschel sein gemeines Verbrechen durch. Er schleifte sie in den Schachtgraben und verurteilte dann an der Frau in nicht wiederzubegebender Weise ein Züchtungswort. Die Frau war wohl wieder aus ihrer Ohnmacht erwacht, aber sie konnte den Missetäter nicht abwehren und mußte das Verbrechen über sich ergehen lassen. Ein vorbeikommender Chauffeur vom Fuhrwerksamt brachte die Frau nach der Polizei, und es gelang, den Täter zu ermitteln und zu verhaften. Der Verbrecher dient zum Jahre bei der Reichswehr und soll sich bereits eines ähnlichen Verbrechen schuldig gemacht haben.

Die bürgerliche Presse hat bis jetzt über diesen ungeheuerlichen Fall noch kein Wort berichtet. Wahrscheinlich soll er vertuscht werden, wenn es sich um einen Proleten oder gar um einen Kommunisten handeln würde, dann würde die ganze Welt bereits davon Kenntnis haben, und in Vorkriegszeit würde über die Verbrechen des Kommunismus geredet werden. Aber die Reichswehr, das ist doch das Langjahr unserer kaiserlichen Republik, und da dürfen die Untertanen doch ganze Seiten zusammenschmieren über die Herrlichkeiten dieses Langjähres, aber über etwas, das jenen Glanz verdunkeln könnte, darf kein Wort geschrieben werden. Aber es hat den Schmudszusatz gemißt. Jetzt ist der Skandal heraus, und alles, was man sich vor ganz kurzem über unsere herrliche Reichswehr geschrieben hat, bekommt ein etwas anderes Gesicht.

Sagan

Ein letzter Appell an alle Werktätigen!

Arbeiter, Gewerbetreibende, Angestellte und kleine Beamte!

Der Tag, an dem ihr euch entscheiden sollt, rückt näher. Jetzt muß der zu beschreitende Weg geprüft werden, um nicht wieder zurückzulegen zu werden. Noch wenige Tage vor der Reichstagswahl sagte es der Magistrat Sagan, die verordnete Arbeitsbeschaffung, welche von den Kommunisten im Stadtparlament gefordert wurde, abzuweisen. Der hieraus entstehende Schaden trifft einzig und allein die Arbeiter und Gewerbetreibenden. Ja, man wollte es sogar, drei Wochen vor dieser Wahl eine neue Steuererhöhung auf den Tisch des Magistrats zu setzen, die eine weitere Belastung bedeutet hätte. Es war dieses die geplante Erhöhung einer Steuer, Einführung der Bürgerrechts- oder Regenersteuer sowie die

Also zu einem Zeitpunkt, wo es unserer Partei nicht mehr möglich ist, auf diese Schmutzberichte zu antworten. Genossen, überall dort, wo diese Flugblätter verteilt werden, treten den Verteilern in geeigneter Weise entgegen.

Eine Niederlage der reformistischen Spalter Erfolgreiche Klage der oppositionellen Betriebsräte der Melchiorgrube

Durch den Sieg der roten Betriebsratsliste auf der Melchiorgrube sind die Sozialdemokraten aus dem Betriebsausschuß verschwunden. Sie haben sich rächen bzw. dem neuen, roten, Ausschuß Schwierigkeiten machen wollen, und deshalb klagten sie zwei Wapen-Akten aus dem Schrank des Betriebsratsbüros. Unsere Genossen haben diese Klagen gestellt und unter Androhung der Anzeige oder Klage Rückgabe der Akten innerhalb 24 Stunden verlangt. Sie lehnten frech ab und erklärten, es seien Schriftstücke, die dem Verbands gehörten, und da die Genossen ausgeschlossen seien, hätten sie kein Recht auf diese zu den Akten gelegten Schriftstücke. Darauf reichten die Genossen des Betriebsausschusses beim Arbeitsgericht eine Feststellungsklage ein. Von einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde aus menschlichen Erwägungen abgesehen, obwohl manche es nicht verdienen. Dieser Tage fand die Verhandlung statt. Wirte, Brause und Stehr ließen sich von dem berüchtigten Nicht-Juditen Mähle vertreten. Seine „überflüssigen“ Behauptungen wurden von dem Genossen Veder leicht und ironisch zerpfückt. Mähle glaubte den Kommunisten ein auszuweichen, als er sagte, daß sie ohne den Verband anscheinend nicht arbeiten könnten und demnach der „Verband nicht überflüssig“ sei. Der ganze Gerichtsjaal lachte herzlich und laut, als ihm erwidert wurde durch Veder, daß wir der Aufklärung seien, daß der Verband durchaus notwendig sei, aber gewisse Leute im Verbands seien durchaus überflüssig. Mähle bekam einen roten, noch bideren Kopf und schwieg. Das Gericht hat in vollem Umfange der Klage stattgegeben, und die Oberschönen und blamiert. Sie müssen die Akten wiederbringen.

Mittelständler, Kleingewerbetreibende!

Wirtschaftliche Sorgen, Not und Elend pochen auch an deine Tür. Unerträglich hohe Steuern und Zölle, unerschwingliche Mietpreise und die Massenarbeitslosigkeit bedeuten für tausende kleine Geschäftleute den völligen Ruin.

Es gibt nur einen Ausweg

Den zeigt dir die kommunistische Partei, die einzige Partei, die für die Werktätigen kämpft. Streife dein altes Vorurteil ab. Besuche die Versammlungen der kommunistischen Partei, lese die kommunistische Presse. Laß dir sagen, was die Kommunisten wollen. — Hilf mit!

Für den Sieg der Liste 4 Gib für den Wahlfonds der SPD.

Dem roten Ausschuß kam es weniger auf manche Experten an, als Ausnahme gewisser wichtiger Schriftstücke; ihm kam es auf die Feststellung an, daß diese Leute nicht ohne weiteres den Ausschlußpländern dürfen. Der Beweis, daß man im Betriebsrat auch ohne die Wapen arbeiten kann, ist durch die erfolgreiche Arbeit der Genossen erbracht.

Wie der SPD-Reichstagskandidat Berger Arbeiterinteressen vertritt

Der famose Magistrats-Hauptmann und Wohnungsdezernent Berger ist in Gottesberg von der SPD. dazu ansersehen, im Reichstag am Geschick des Volkes zu wirken. Dabei hat dieser Herr bereits hier schon genügend gezeigt, wie unfähig er zur Wahrnehmung von Arbeiterinteressen ist. Dafür heute folgendes Beispiel:

Im sogenannten Spriehenschuppen am alten Berge, dem früheren Ortschaft Ober-Hermisdorf, hat man eine Notwohnung für eine Arbeiterfamilie besetzt. Dieser Mieter hat wiederholt die Einsetzung von Doppelposten verlangt, weil nur ein kleiner kleiner Ofen zum Heizen da ist. Diesem berechtigten Verlangen ist trotzdem nicht entsprochen worden. Nicht einmal ein Abort ist vorhanden. Der Mieter muß das nächstgelegene Gasthaus benutzen, was natürlich mit Ausgaben verbunden ist. Es fehlt weiter eine Waschküche sowie eine Waschkammer oder Boden. Das alles stört aber den sozialdemokratischen Wohnungsdezernenten nicht. Aber wenn es ums Mietereinnahmen oder um Erhöhung der Getränke- und Biersteuer geht, dann ist der Herr bei der Hand. Die Zeitungspolportage hat er nun seinen Eltern zurückgegeben, weil er inzwischen gesehen, wie man über sein Verhalten denkt. Und so ein netter Arbeiterfreund will in den Reichstag. Die Arbeiter aber werden ihm einen Strich durch die Rechnung machen. Sie werden nur die Liste 4 wählen.

Genossen vor Gericht

Am Sonnabend, dem 13. September, 11,15 Uhr, findet vor dem Schöffengericht in Waldenburg die Verhandlung gegen den Genossen August Seidel wegen Verstoßes gegen das Republikbeschutzgesetz statt. Anschließend findet der Prozeß gegen den sich im Untersuchungsgefängnis Waldenburg befindlichen Genossen Lehmann statt. Lehmann wurde in Freiburg anlässlich der Zusammenkunft mit der Polizei verhaftet, grün und blau geschlagen und in das Gefängnis gesteckt. Am Sonnabend will man ihm nun den Prozeß machen.

Diese Prozesse müssen die erhöhte Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich ziehen, denn Hand in Hand mit den verhafteten einschleichen Polizeibureaukraten üben jetzt die Kriminalspitzel, allen voran der Kriminalbeamte Haase aus Waldenburg, ihr schmutziges Amt aus. Als Folge dieser Angeberei wird am Sonnabend gegen August Seidel verhandelt. Wie bekannt, liegen ja auch bereits gegen Genossen Schülz, von derselben Spitzelzentrale ausgehend, mehrere Anzeigen bei Gericht vor. Genossen, schließt euch noch fester zusammen und beobachtet noch scharfer als bisher das schmutzige Handwerk der Polizei.

Bolkshain

Vorgestoßen im schwarzen Nest

Am Sonnabend wurde auch in diese schwarze Gegend wieder ein Vorstoß unternommen. In dem erlatzholischen Blumennau veranstalteten wir eine öffentliche Versammlung. Der Saal war dicht besetzt. Genosse Hiller zeigte den Versammelten das Elend in der kapitalistischen Gesellschaft auf und stellte dem den Aufstieg in der Sowjetunion entgegen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Als Erfolg konnte sowohl eine gute Zellerksammlung als auch der Verkauf vieler Broschüren gebucht werden, und vor allen Dingen gelang es auch, einige Vertrauensleute für die Partei zu gewinnen.

frist zu zahlen, andernfalls Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Hier dokumentiert der Magistrat sein wahres soziales Verständnis. Oder tragen die erwerbslosen Mieter die Schuld an diesem wirtschaftlichen Elend?

Nicht bloß, daß der Magistrat allein diese Vermissten der Armen schikanieren, findet er auch noch einen Bundesgenossen in dem Hausmeister Bähld, der diese Mieter unbedeutenderweise beim Dezernenten anmahnt, um sich auf diese Weise eine Nummer zu verschaffen. Dieser Mann eignet sich zu allem, aber nicht als Hausmeister, da er die Verpflichtungen gegenüber den Mietern nicht kennt. Wir klaffenbewußte Arbeiter fordern den Hausmeister Bähld auf, sich mehr proletarisch gegenüber den Mietern zu zeigen, andernfalls wir ihm dieses proletarische Benehmen beibringen müssen.

Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. Mit welchen schäbigen Mitteln man versucht, den Vormarsch der Partei aufzuhalten, zeigt folgender Fall: Am 5. September hatte die SPD. in Hermisdorf Stadt eine öffentliche Versammlung. Nach den Ausführungen des Genossen Weist meldete sich der SPD-Mann Eubd zum Wort. Er operierte mit solch einem Schwindel, daß die anwesenden Arbeiter den Kopf schüttelten. Zuletzt platzte die Bombe. Als er Briefe von seinem Schwager, die er ihm aus Rußland geschrieben hatte, bringen wollte, bot ihm ein Genosse 5 Mark für einen solchen Brief an und verlangte, daß er nun einen solchen Brief herbeischaffe, was er jedoch nicht konnte. Arbeiter, lernt daraus, geht diesen Schwindlern die richtige Antwort, rechnet ab mit der Bande, wählt Kommunisten, Liste 4!

Internationaler Jugendtag in Schmiedeberg i. Nsgb.

Anlässlich des 16. Internationalen Jugendtages fand in Schmiedeberg ein Unterbezirkstreifen des kommunistischen Jugendverbandes statt, welches ein wichtiger Auftakt der Jungarbeiter für die kommende Reichstagswahl und ein Ergebnis war, alle Kräfte einzusetzen für den Sieg der SPD. und für ein Sowjetdeutschland. Trotz strömenden Regens formierte sich zur bestimmten Zeit ein imposanter Demonstrationszug in Stärke von 200 Junggenossen und indifferenten Jungarbeitern aus dem Unterbezirk. Nach vorübergehender Demonstration fand am Markt die Kundgebung statt. Der Genosse Weist eröffnete trotz immer stärkeren Regens die Kundgebung, an der ungefähr 300 Jungarbeiter teilnahmen. Im Auftrage der Bezirksleitung des kommunistischen Jugendverbandes ergriff der Genosse K. Leemann das Wort. Die Zustimmung während der Kundgebung und der Beifall nach Schluß der Ansprache bewiesen, daß der Genosse Leemann den Jungarbeitern aus dem Herzen gesprochen hatte. Mit dem Ergebnis, sofort in Schmiedeberg eine Ortsgruppe des KJVD. zu schaffen und alles für den Sieg der Liste 4 einzusetzen, wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen. Trotz dem der Regen immer stärker einsetzte, wurde die Demonstration bis zum Ende der Stadt durchgeführt, wo am Schluß der Genosse Leemann für die Jugend und Genosse Weist für die Partei nochmals das Wort ergriffen. Mit dem Willen, alles zu tun, um die Massenarbeit des KJVD. vorwärtszutreiben, ging es wieder zurück in die Ortsgruppe. Der Verlauf des Jugendtages hat gezeigt, daß die Jungarbeiter auch in diesem Bezirk das Gebot der Stunde erkannt haben. Deshalb alle Kräfte bis zum 14. September und darüber hinaus einigsetzt. Vorwärts, wir greifen an! Vorwärts zum Sieg!

Niesko

Vorwärts auch in der Hochburg der SPD. Niesko

Am 9. d. M. fand hier eine glänzend besuchte Versammlung statt. Ueber 400 Personen waren anwesend. Genosse Pöhlz-Berlin hielt das Referat, und seine Ausführungen lösten in der Versammlung eine begeisterte Kampfstimmung aus. Obwohl sowohl Nazis als auch Sozialdemokraten anwesend waren und ihnen 30 Minuten Redezeit zugewilligt war, wagte kein Vertreter dieser Parteien, das Wort zu ergreifen.

Schmiedeberg

Der Magistrat gegen die erwerbslosen Mieter

Nette Zustände herrschen in den Reichseigenhäusern der Stadt Schmiedeberg. Sie sollen für kinderreiche Familien gebaut sein und eine Verbesserung darstellen. Jetzt geht man aber dazu über, das Gegenteil daraus zu machen. Zum Beweis folgendes: Ausgesteuerte und Erwerbslose, die durch ihre längliche Unterbringung nicht in der Lage sind, die hohen Mieten, 20-25 Mark monatlich, aufzubringen, werden vom Magistrat aufgefordert, unbedingt noch Ablauf einer

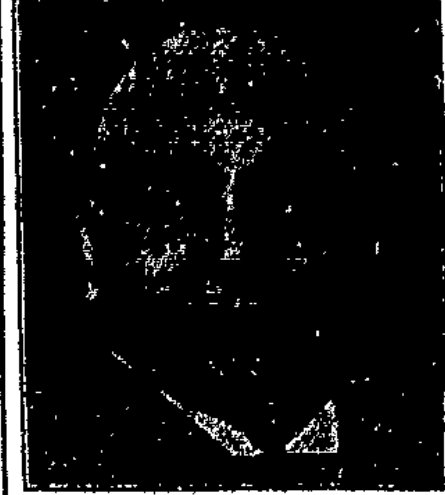
Mästet die Schweine und laßt die Erwerbslosen verhungern

Das ist der Grundsatz der Sozialdemokratischen Sozialpolitik

Die Kottbuser sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ schrieb am Mittwoch, dem 10. September:
 „Die Pläne Dr. Baades gehen dahin, den deutschen Roggen-Aberfluß nicht nach dem Ausland zu exportieren, sondern ihn in Deutschland als Schweinefutter zu verwenden. Auf diesen Gedanken, der durchaus richtig ist und hinter den sich die Sozialdemokratische Partei gestellt hat, geht der Gedanke der Roggen-Fütterung zurück.“
 Das ist die Antwort der sozialdemokratischen Presse auf unsere Enthüllung „Wer SPD. wählt, verlernt das Brot.“ Noch am 2. September nannte der „Vorwärts“ die ganze Roggen-Unterstützungsaktion Dr. Baades „Standale am laufenden Band“. Der „Vorwärts“ mußte zugeben, daß in 14 Tagen der Roggenpreis um über 20 Mark pro Tonne hinaufgetrieben wurde, daß bis auf 200 Mark pro Tonne in wenigen Tagen die Roggenpreise getrieben werden sollen. Jetzt wird der der menschlichen Ernährung entzogene Roggen zur Schweinemästung verschleudert, und die SPD. rühmt sich ihrer Schande.
 Die SPD. ist die Partei der Brotversteigerung.

Die SPD. ist auch die Partei, die Schweine mästen, aber die Erwerbslosen verhungern läßt.
 Schon die sozialdemokratische Koalitionsregierung Hermann Müller ließ hunderttausende Tonnen Roggen bei den Großagrariern aufkaufen. Ungezählte Millionen wurden von der Hermann Müller-Regierung den Junkern in den Taschen geschmissen. Der Antrag der Kommunisten im Reichstag, die hunderttausende Tonnen Roggen den Erwerbslosen zur Befügung zuzustellen, wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten abgelehnt.
 Wer ist dieser Dr. Baade?
 Er ist sozialdemokratischer Spitzenkandidat in Magdeburg. Er ist der Reichskommissar für Unterernährung, der von der deutschen Republik für seine Hungerpolitik ein Jahresgehalt von über 40 000 Mark bezieht. Wollt ihr einer solchen Partei die Stimme geben? Das kann kein Arbeiter! Alles stimmt am 11. September für die Kommunistische Partei, Liste 4!

Femeschützer Otto Braun



Die SPD.-Presse ist über unsere Tatsachen-Feststellungen über die Femeschuld der Sozialdemokratie die Sprache weggeblieben.
 Wir lassen nicht locker.
 Heute kommen sie dran, Herr Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident und Koalitionspartner vor Brünnings Tür.
 Denken Sie noch manchmal an den 7. Februar 1923?
 Da schlossen Sie, zusammen mit Ihren Parteigenossen Ebert und Severing, mit Cuno und Geßler, das sogenannte Abkommen Severing-Seeckt mit ab.

In diesem Abkommen erkannten Sie die Femeorganisationen der Schwarzen Reichswehr ausdrücklich an. Da halfen Sie mit der Verbrecher der Feme verdunkeln. Denn in dem Abkommen lautet der Punkt 3:
 „Durchweg sind zur Vermeldung unnötiger Schreibarbeit mündliche Vereinbarungen und Anordnungen zu treffen.“
 Da zingen Sie nicht etwa mit der Staatsgewalt gegen die Femeorganisationen vor, sondern vereinbarten nur, daß die Unterstützung von privaten Organisationen seitens der Reichswehr abgebaut werden soll.
 Als dann die Feme und die Reichswehr ihre gegenseitige Unterstützung nicht abbauten, da unternahmen sie nichts gegen die Femeverbrecher, sondern ihr Freund Severing schloß ein neues geheimes Abkommen mit der Feme ab, dessen Wortlaut er nicht einmal dem Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages mitzuteilen wagte.
 Und diese Sozialdemokraten, deren prominenteste Führer die Mitverschworenen der Femebanditen sind, wagen heute über Femeamnestie zu schreiben, während sie die proletarisch-politischen Gefangenen um die Amnestie betrügen.
 Gebt den Femeschützern und Amnestie-Saboteuren die richtige Antwort. Kämpft mit der KPD. und der Roten Hilfe für Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen.
 Wählt am 14. September, Liste 4, KPD.!

Hitler gesteht den Bankrott der Nazipolitik

Er predigt Einheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten als „Ausweg“ aus der Katastrophe — Nazis für Koalition mit den Youngparteien

Berlin, 11. September. (Eig. Bericht.)
 Die mit großer Kellame aufgelegene letzte Hitler-Kundgebung am Mittwochabend im Sportpalast gestaltete sich zu einer recht langweiligen Angelegenheit. Bei der Rede Hitlers, die fast ausnahmslos mit hohen Phrasen erfüllt war, nicht eine Anzahl Versammlungsteilnehmer ein und viele verließen den Saal noch vor Schluß der Kundgebung.
 Die Rede des Nazihäuptlings zeigte wiederum in krasser Form den völligen politischen Bankrott des Nationalsozialismus. Ebenso wie im Wahllappell vermied Hitler in seiner Rede peinlich, sich irgendwie festzulegen. Kein Wort über die Zerstückung des Versailler Schanddikts und des Young-Plans. Kein Wort über Kampf gegen Kapitalismus. Lediglich allgemeine Phrasen über den Verrat des „Marxismus.“
 Nur an einer Stelle wurde Hitler deutlich. Er erklärte im Auftrage seiner kapitalistischen Geld- und Auftraggeber:
 „Wesentlich ist, daß unsere Stämme gesund bleiben und daß unsere Nation so kräftig daheist, wie sie seit Jahrtausenden bestanden ist. Wenn man die Dinge so sieht, dann verschwinden alle Unterschiede des Standes (!), dann steht man um sich nur mehr die Bluträger einer Gemeinschaft.“
 Einheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten! Das ist Hitlers „Lösung“.

Wie „wichtig“ selbst den Nazis das Manifest Hitlers ist, davon zeugt die Tatsache, daß der „Angriff“ Gobbels lediglich einen Auszug daraus veröffentlicht, trotzdem das Blatt jetzt während der Wahlen täglich erscheint.
 Die logische Konsequenz aus dem immer offener werdenden Paktieren mit den Young-Parteien — man blide auf Thüringen — und der Unterstützung der Nazis durch die Großindustriellen zieht der „Theoretiker“ des Nationalsozialismus, Alfred Rosenberg, in einem Leitartikel im „Völkischen Beobachter“ vom 11. September. Rosenberg erklärt dort, daß „Koalitionswirtschaft als Durchgangspunkt“ von den Nationalsozialisten angesehen wird.
 Genau wie die SPD. versucht jetzt die Halbkreuzpartei, den Proleten die kommende Koalition und Arbeitsgemeinschaft mit den Young-Parteien im Reichsmäßig schmackhaft zu machen, indem sie diese nur als eine vorübergehende Aktion hinstellt und vage Versprechungen für die Zukunft macht.
 Was für ein augenfälliger Unterschied besteht doch zwischen diesem erbärmlichen Stammele der Hitler und Rosenberg und den klaren, einfachen, überzeugenden Forderungen der Programmklärung der KPD. Und noch einen weiteren Unterschied gibt es. Wir werden unser Programm durchführen. Durchführt, wenn es schon lange keine Nationalsozialisten mehr über der Erde gibt.

Deutsche Arbeiter in Rußland sammeln für den Wahlfonds

Für den Wahlfond der KPD. gingen folgende Beträge aus Moskau ein:
 Stoßbrigade „Rot Front der Grube Junger Kom-munar im Knylowki-Rajon Arzjemowski-Kreis, Donbas, Deutsche Bergarbeiter 900 Rubl.
 Bergarbeiter der Grube „Knylow“, Knylowki-Rajon im Moskauer Gebiet 310 „
 Deutsche Former aus Nadelshin 60 „
 Deutsche Angestellte des Betriebes „Metallimport“ Moskau 220 „
 Stoßbrigade der Hamburger Bauarbeiter, Moskau 85 „
 Summa . . . 1575 Rubl.

Die deutschen Arbeiter in Rußland sind nicht, wie es der „Vorwärts“ so gerne möchte, enttäuscht. Der beste Beweis, daß sie nach wie vor zur Sache der proletarischen Revolution stehen, sind die Ergebnisse ihrer Sammlung für den Wahlfonds der KPD.

175 Ausbeuter

differieren dem kommenden Reichstag ihr Profitprogramm

In die Diskussion über die Politik des kommenden Reichstages haben jetzt die hauptsächlichsten Führer des deutschen Ausbeutertums, insgesamt 175 Großkapitalisten, durch einen Aufruf eingegriffen. Unter den Unterzeichnern finden wir die führenden Männer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Vertreter der entscheidenden großen Konzerne und Banken. Da sind die Herren Duisberg und Bergius von der IG-Farbenindustrie, da ist Herr Frohwein, der Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, da finden wir das Bankkapital, die Herren Melchior und Mag. W. Warburg, den Vertrauensmann des Herrn Morgan, da ist der Braunkohlenindustrielle Silberberg, jener Mann der sich schon einmal vor Jahren so warm für die kapitalrettende Tätigkeit der Sozialdemokratie einsetzte.

Sugenberg durchgeführt werden soll, offen. Die Herren Scheidemann und Kompagnie, selbst keine Kapitalisten, freuen sich, daß die Großkapitalisten ihnen Hoffnung auf Ministerposten gelassen haben.

Die einzige Partei, die diesem Ausbeuterprogramm der Großkapitalisten ein anderes, das Programm der proletarischen Befreiung entgegenzusetzen hat, die einzige Partei des Kampfes gegen die Großkapitalisten ist und bleibt die Kommunistische Partei.

Eine SAJ.-Gruppe aufgelöst

Leipzig, 11. September. Am 16. Internationalen Jugendtag traten der Vorsitzende Walter Diede und der Hauptkassierer Müller der Ortsgruppe Wölkau i. Sa. zum Kommunistischen Jugendverband über. Die Ortsgruppe, die jetzt ohne jede Führung ist, wurde aufgelöst, da die übrigen SAJ.-Mitglieder Dank der Erziehung der SAJ.-Führung und der tatkräftigen „Unterstützung“ der SAJ.-Größen des Ortes nicht in der Lage sind, die SAJ.-Ortsgruppe aufrecht zu erhalten. Der Uebertritt der beiden Spitzenfunktionäre erfolgte nach einer gründlichen Aussprache bei einem Gruppenabend der SAJ.

25 Neuaufnahmen für die KPD. in einer SPD.-Versammlung

Rübed, 11. September. Die SPD. hatte eine öffentliche Wählerversammlung nach den Zentralhallen einberufen und sich den sozialdemokratischen Wohlfahrtslenator Haut als Redner verschrieben. Ueber 1000 Arbeiter waren im Saal. Haut wurde von den Arbeitern ausgepfiffen. Seine schamlose Rußlandbegehr hatte zur Folge, daß er das Schlußwort nicht halten konnte. Er hatte sich drei Reichsbanner-Kollkommandos zu Hilfe geholt. Jedoch die standen zur KPD. Ein KPD.-Genosse sprach in der Diskussion und erhielt braulenden Beifall. Er forderte auf, in die Kommunistische Partei einzutreten. 25 Arbeiter ließen sich sofort in die Kommunistische Partei aufnehmen. Haut, der das Schlußwort nehmen wollte, konnte es angesichts des proletarischen Protestes nicht halten.

Sehr viele Versammlungen der SPD. wurden zu Belandnissen für die KPD. und die SPD.-Referenten mußten verschwinden. So auch in Herzen (Saben), wo der Referent auf das Schlußwort verzichtete und ausriß. Darauf erklärte ein Gemeinderat der SPD.: „Seit 1918 habe ich SPD. gewählt und habe ihr angehört, aber jetzt ist Schluß, jetzt wähle ich Kommunisten.“

Sozialdemokratischer Betrug an den Frauen

Worte

„Zölle und Massensteuern sind Meilensteine der reaktionären Bürgerblockregierung. Die Sozialdemokratie will die Ueberlastung der Massen beseitigen... (!) Das Volk muß ein Machtwort sprechen: Wählt Sozialdemokraten!“
 (Wahlflugblatt der SPD. 1928.)

Taten

„Sie wollen euch die Freude an der Republik verderben, (!) indem sie das Parlament zwingen wollen, die wichtigsten Schutzmaßnahmen für die Arbeitenden zu beseitigen.“
 (Dies schreibt Tony Sender in der „Frauenwelt“, August 1930.)

„Die augenblickliche Lage erfordert ein besonderes Opfer auch von der Arbeiterklasse.“
 (Dies steht im „Vorwärts“, Februar 1930.)

Deshalb
 „mußte“ man die „hohen“ Löhne abbauen,
 „mußte“ man die Erwerbslosenunterstützung abbauen,
 „mußte“ man die Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel erhöhen,
 „mußte“ man die Wochenhilfe um 17 Millionen kürzen.
Dies ist das Ergebnis der 21 Monate Koalitionsregierung

Werktätige Frauen! Gebt ihnen die Antwort! Wählt Kommunisten, Liste 4

Was wird nach dem 14. September?

Wir zeigen den Ausweg aus Young-Sklaverei und Massenelend

Am Sonntag soll gewählt werden. Aber noch niemals war für die breiten Kreise der Bevölkerung so klar gewesen wie jetzt, daß es sich nicht um eine bloße Wahlkämpferei handelt, sondern daß viel wichtigere Dinge auf dem Spiel stehen. Die Massen fühlen immer deutlicher, daß es sich nicht um die Verklebung der Kräfte der einzelnen Parteien im kommenden Reichstag handelt, und daß auch nicht irgendein parlamentarischer Teufelswischel ihre Lebensfrage, die Frage der buchstäblich nackten Existenz von Millionen der Bevölkerung, entscheiden wird.

Bedarf es noch eines weiteren Beweises dafür, wie recht die Kommunisten hatten, die als einzige Partei im Wahlkampf die Arbeitermassen und allen Werktätigen sagten, daß der jehige „Ausmarsch der Parteien“ im Wahlkampf nur der Ausdruck für viel tiefere und viel umfassendere Verschiebungen der Klassenkräfte im Lande sei? Ist es nötig, noch deutlich nachzuweisen, daß die wirkliche Entscheidung über die Rettung des deutschen werktätigen Volkes nicht im Parlament und nicht an der Wahlurne fallen wird, sondern in den unmittelbaren außerparlamentarischen Wahlkämpfen.

„Der Gipfelpunkt des Niedergangs noch nicht erreicht“

Welche Perspektiven zeichnet es für die Entwicklung der Wirtschaft, welche Ausichten für die Millionenmassen darben und verelendeter Proletariat und aller Werktätigen in Stadt und Land: „Die deutsche Wirtschaft — in tiefer Depression, Umfang der industriellen Tätigkeit gegenüber dem Vorjahre um 15 bis 20 Prozent gesunken, die Zahl der Arbeitslosen soll sich bereits im Dezember dieses Jahres auf 3 1/2 Millionen erhöhen. Zum Schluß wird noch gesagt, daß der Gipfelpunkt der Krise erst im Januar oder Februar nächsten Jahres erreicht werden wird.

Wie verlogen und lächerlich klingen angesichts dieser Lage und der Perspektiven für die künftige Entwicklung die Wahlversprechungen, die die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nazis und der SPD, den Wählermassen des werktätigen Volkes machen. Jeder denkende Mensch in Deutschland muß sich volle Rechenschaft darüber abgeben, daß die geschichtliche Frage, ob die Krise des deutschen Kapitalismus zum Abschluß gebracht werden soll oder auch für eine Zeitlang „gelöst“ werden soll auf Kosten des Hungertodes und der weiteren Verelendung und Verflüchtung der Massen oder durch den Sturz der Kapitalistenherrschaft, durch Zum-Tueils-Jagen eines Häufleins von Finanzmagnaten, Rüstungsindustriellen und Bankiers, nicht durch die Wahlurne am 14. September entschieden wird. Diese Erkenntnis wird allgemein nicht nur in den breiten Volksmassen, sondern sie wird auch schon immer deutlicher von den „wachsenden Kreisen“ der Kapitalisten, den „Männern“ der Schwerindustrie und des Bankkapitals verkündet.

Der Bankrott der „Demokratie“

Es kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß gerade diese Tage der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Zuspitzung der sozialen Widersprüche der jehigen Wahlkampagne den besonderen Stempel aufdrücken, einer Wahlkampagne nicht für das Parlament, nicht für die Erhaltung der bürgerlichen Demokratie und der parlamentarischen Staatsform, sondern einer wirklichen Kampagne gegen das Parlament, gegen die Schwandhunde der „demokratischen Volkvertreter“.

Kein Mensch kann leugnen, daß die jehigen Wahlen in Deutschland im Zeichen des Bankrotts der bürgerlichen Demokratie, des Bankrotts des Parlamentarismus stehen. Die Teilung der Klassen in zwei einander unversöhnlich gegenüberstehende Lager, wie sie durch die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung gerade jetzt im raschen Tempo beschleunigt wird, findet auch in der Wahlkampagne ihren Ausdruck in der schroffen Scheidung der Klassenkräfte unter der Parole: Faschistische Diktatur oder proletarische Diktatur? Faschismus oder Bolschewismus?

Ob der neue Reichstag, der aus den Wahlen vom 14. September hervorgeht, schon in den nächsten Wochen und Monaten auseinandergerät und von einer faschistischen Diktatur abgelöst werden wird, das mag noch dahingestellt sein. Aber eines ist sicher: Der nächste Reichstag wird auch wie sein Vorgänger keine „politischen Lösungen“ nur in einer Richtung beweisen: in der Richtung der immer schärferen und immer rascheren Verwirlichung der

politischen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen das werktätige Volk und die Arbeiterklasse in erster Reihe, in der Richtung der vollständigen Bantrötterklärung des Parlaments und seiner vollständigen Entledigung nach dem Pljudstli- oder Schöber-Regel.

Daß der Sozialfaschismus in dieser Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur nicht nur die Rolle des wichtigsten Agenten und Autorspieler spielt, sondern einen der festesten Stützpunkte des kommenden faschistischen Diktatorsystems mit oder ohne Parlamentarismus bilden wird, dafür bedarf es kaum neuer Beweise. Die ganze Tätigkeit der Müller-Hilferding-Regierung, die geradezu in ihrer Stuchseligkeit unübertreffbaren Unüberlegenheit der Braun und Konjorten an die Regierung der Faschisten sprechen läßt.

Faschismus oder Kommunismus, nicht Demokratie oder Faschismus

Um so verlogener klingen die Phrasen der Sozialfaschisten darüber, daß es im jehigen Wahlkampf angeblich um die Entscheidung „Demokratie oder Faschismus“ geht. Es liegt auf der Hand, daß diese Mandanten des Sozialfaschismus, der innerhalb der Arbeiterklasse nach wie vor die stärkste Stütze des Faschismus ist und bleibt, nur den Zweck verfolgen, Verwirrung und Verleugung in die Massen zu tragen, die sich über den Ernst der Situation immer klarer Rechenschaft geben. Ja,

Einheitsfront Nazi-Sozialfaschisten gegen SPD.

Goebbels schwindelt vom Bündnis zwischen SPD. und SPD. — Die Volkswacht schwindelt weiter

Die Sozialfaschisten, die den Hauptteil ihres Wahlkampfes gegen die SPD. mit der infamen Lüge vom „Bündnis zwischen Gakenkreuz und Sowjetstern“ bestreiten, haben jetzt „Hilfe“ von einer Seite bekommen, auf die sie zwar durchaus berechtigten Anspruch haben, die ihnen aber trotzdem in diesem Augenblick nicht gerade willkommen sein dürfte.

Kein Geringerer als der große Erzflügel Goebbels, der Einheitsfrontführer für die Durchführung des Young-Plan-Palles nach dem Muster des Regierungsministers Fried, kommt den Sozialfaschisten zu Hilfe. In großer Aufmachung verleiht Goebbels in seinem „Angriff“, daß „die SPD. mit der SPD. ein geheimes Abkommen getroffen habe, welches die Wiedervereinigung der SPD. mit der SPD. zum Ziele hat. Einstweilen soll sich diese angebliche Wiedervereinigung zunächst dahin auswirken, daß beide Parteien sich jetzt im Wahlkampf nicht so scharf bekämpfen.“

Während auf der einen Seite sich die sozialdemokratischen Antifaschisten immer noch die Kehle heiser schreien und die Finger mündlich schreiben von der „nationalfaschistischen kommunistischen Brüderlichkeit“, die sich in der Praxis in immer neuen Überfällen auf unsere Genossen praktisch auswirkt, kommen jetzt unsere angeblichen „Brüder“ und beschuldigen uns der vorbereiteten Verbrüderung mit der Rasse-Partei. Kann es eine eindeutiger, bessere Demaskierung sowohl der sozialdemokratischen als auch der Goebbels-Schwindler geben, als dieses wunderbare Hand-in-Hand-Arbeiten beider gegen die verhassten Kommunisten. Diese Heberstimmung überhebt uns auch der Notwendigkeit, dem infamen Schwindel von Goebbels eine eingehende Widerlegung zu erteilen. Der Kampf, den unsere Partei in immer schärfer werdender Art gegen National- und Sozialfaschisten führt, widerlegt jede Stunde diesen Schwindel, so daß es genügt, wenn wir ihn einfach niedriger hängen gegenüber den „Volkswacht“-Schwindlern, die ihre Behauptung von dem Bündnisangebot unseres Genossen Sindermann an dadurch zu unterstreichen suchen, daß sie über eine Erklärung teilnehmern zugibt, und in der die Ausführungen bekräftigt werden, die unser Genosse angeblich gemacht haben soll. Aber auch diese Hilfsstellung war vergebens. Unser Genosse Sindermann hatte in Chemnitz eine öffentliche Straßenbahnverammlung zur Widerlegung des Schwindels einberufen und die SPD-Leute dazu eingeladen. Sie waren auch mit einem sozialdemokratischen Redakteur erschienen, und zwar sehr zahlreich. Dem SPD-Redakteur war dieselbe Redezeit eingeräumt worden, wie dem Genossen Sindermann. Das Resultat der Auseinandersetzung war die Annahme einer Entschließung, in der es zum Schluß heißt:

in dem Maße, wie in dem Proletariat und in allen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Erkenntnis Platz greift, daß nur eine revolutionäre und wehrhafte Kampf in den Betrieben und auf der Straße die drohende Diktatur des offenen Faschismus verhindern kann, spielen sich die verräterischen Führer der SPD. und der reformistischen Gewerkschaften immer mehr als die angeblich berufenen Preisrichter der Massenbewegung gegen die Faschisten auf. Sie wollen sich mit allen Kräften und um jeden Preis schon jetzt an die Spitze dieser Bewegung stellen, um sie abzuwürgen.

Es ist nicht zufällig, daß ein Reichelt, der Führer des reformistischen Metallarbeiterverbandes, die Abwürgung des Streikes gegen Lohnabbau mit der zynischen Erklärung begründet: „Ein Streik bedeutet jetzt Regierungskrise!“ Mit diesem Ausspruch wollen die sozialfaschistischen Führer nicht nur betätigen, daß sie am besten berufen sind, die unausbleiblichen außerparlamentarischen Massenbewegungen, die gigantischen wirtschaftlichen Kämpfe der allernächsten Zukunft abzuwürgen. Damit sprechen sie auch deutlich und brutal aus, daß sie gegen jede Regierungskrise sind, sogar gegen die Krise der Paragraff-18-Regierung, die allein durch außerparlamentarische Massenkämpfe der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gestürzt werden kann.

In diesem Zeichen wird die Partei die Aufgabe der Mobilisierung der Kräfte für den 14. September, für den Wahlsieg der SPD. und die Aufgabe der außerparlamentarischen Kämpfe nach dem 14. September lösen.

Die versammelten Straßenbahner erklären, daß sie unberührt von diesen Verleumdungen und Lügen weiter in treuer Gefolgschaft zur SPD. stehen. Die versammelten Straßenbahner erklären, daß Sindermann als Vertreter der SPD. ihr volles politisches Vertrauen besitzt, und sie rufen allen Arbeitern zu:

Brecht mit der Partei der Lüge, der Verleumdung und des Verrats!
Kämpft mit der SPD. und der ASD. gegen den Faschismus und soziale Reaktion!
Wählt am 14. September die einzige Vertreterin der Arbeiterklasse, die SPD!

Damit dürfte der Schwindel über Sindermann endgültig erledigt sein. Wir aber werden weiter kämpfen mit unerbittlicher Schärfe gegen das national- und sozialfaschistische Führerpaar, welches im Interesse des Selbsthats die Proleten beschwindeln muß, und die betrogenen Proleten werden weiter wie bisher begreifen lernen, daß der Faschismus wirklich nur von der kommunistischen Partei vernichtet werden kann.

Der rasende Tod auf der Carsten-Zentrum-Grube

Die kapitalistische Ausbeutung auf der Carsten-Zentrum-Grube fordert täglich Menschenleben. Die reformistischen und faschistischen Betriebsräte unternehmen nichts dagegen. Die roten Betriebsräte werden mit Hilfe der Faschisten und Sozialfaschisten auf Straßenpflaster geworfen. In den letzten drei Tagen sind folgende Tote zu verzeichnen:

Sonabend, den 6. September: Auf der Nachtschicht Flöz 16 Nord verunglückten zwei Kameraden schwer. Grund: Mangel an Holz und zu hohe Sollleistung.

Sonntag, den 7. September: Auf der Nachmittagschicht erlitten auf der 700-Meter-Sohle die Brandwache, bestehend aus drei Mann, infolge Brandgasen. Grund: Vernachlässigung der Branddämme.

Montag, den 8. September, sind nachmittags im Flöz 16 Nord die Bergkumpels Pietruha und Anopp tödlich verunglückt. Grund: Ungenügende Versorgung mit Bauholz und große Antreiberei.

So vergeht kein Tag ohne Tote und Verletzte. Die revolutionäre Arbeiterklasse fordert Bestrafung der Schuldigen und Degradierung oder Abhebung der Beamten, welche nicht verstehen, das Menschenleben zu schützen. Nieder mit dem Faschismus, wählt die SPD!

Vereinigte Theater

Lobe-Theater Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr König Richard der Dritte Beliebiges Schauspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Bühnenbearbeitung von Paul Barnoy Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr Zum 1. Male: Anneles Himmelfahrt Ereignisstück von Gerhart Hauptmann	Thalia-Theater Von Sonnabend, den 6. 9. bis Freitag, den 12. 9. 20.15 Uhr Der unerbittliche Schulzmann Grotteske von Georges Courteline. Sierauf: Die Liebe auf dem Lande Komödie in 3 Akten aus dem heutigen Rußland von J. M. Wolfow Von Sonnabend, den 13. 9. bis Montag, den 15. 9. 20.15 Uhr Zum 1. Male: Sturm im Wasserglas Komödie in 3 Akten
---	--

Zentral-Theater, Breslau 6
Westendstraße 50
Wir starten heute zu neuem Sitzzug bis einschl. Donnerstag, den 18. September 1933
Eraufführung für Groß-Breslau. Das Giefelwerk von drei Jahrzehnten Welt-Filmschaffen
Panzerkreuzer Potemkin
als Tonfilm. — Regie: I. M. Eisenstein
Deutsche Dialoge — Sprech- und Gesangs-Chör.
Dazu im reichhaltigen Beiprogramm:
Der Hauptgewinn
(Aus dem Leben eines Brechtlichen)
9 amüsante Akte mit Begleit. von uns Hauskapelle
Auf der Bühne: Original-Russisches-Balletka-Konzert und russische Länze
Beginn 7.45 Uhr — Letzte Vorstellung 8.15 Uhr

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinefleisch	Pfd. 0.75 — 1.00 Mt.
Schweinstolett	" 1.20 "
Schweinschnitzel	" 1.50 "
Rohfleisch ohn. Rn.	1.00 — 1.20 "
Rohfleisch ohn. Rn.	n. 1.30 an
Rohfleisch	1.20 u. 1.40 Mt.
Zuppenfleisch	0.80 — 1.00 "
Rindfleisch ohn. Rn.	1.10 — 1.30 "
Büchfleisch	n. 1.20 an
Räucherfleisch	n. 1.00 an
Frischer Speck	0.90 Mt.
Räucherpeck	0.90 "
Lungenjeit	0.75 "
Rein. Schweinefett u. Griebenf.	0.85 "
Geräucherter Baden Pfd.	0.80 "
Frische Haden 0.70 gepö. Baden	0.70 Mt.
Uulach n. 0.80 an Gehacktes u. 0.80 an	
Gepöfelte Giseine.	Pfd. 0.90 Mt.
Frische Schweineköpfe.	0.50 "
Zerelatw. (weich) 1/4 Pfd.	0.25 — 0.35 "
Poln. Zerelatw.	1/4 Pfd. 0.30 "
Rettwurrt	1/4 Pfd. 0.25 — 0.35 "
Breßlopf u. Mortabella	1/4 Pfd. 0.25 "
Braunschweiger	1/4 Pfd. 0.25 — 0.35 "
Breßwurrt	1/4 " 0.15 — 0.25 "
Leberwurrt	1/4 " 0.15 — 0.35 "
Berwurrt	1/4 " 0.15 — 0.35 "
Holbauffa	1/4 Pfd. 0.25 — 0.35 "
Frühwürrt	1/4 Pfd. 0.40 "
Gelochter Schinken	1/4 " 0.45 "
Lachs- u. roher Schinken	1/4 " 0.50 "
Rohschinken	Pfd. 0.70 — 0.90 "
Polnische	0.90 — 1.10 "
Fr. Würschmitt	1/4 Pfd. 0.40 "
Geräucherter Brauwurrt Paar n.	0.20 an

Adolf Weiß
Mollstraße 13
Ferial 256 09

Kammerlichtspiele
Oppeln
Ab Freitag, 12. 9.
Ein Burschenlied aus Heidelberg
Ein heiteres Singspiel mit
Betty Bird
Willi Forst
H. Brausewetter
Regie Karl Hartl
Ferner:
Das tänende Beiprogramm

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkaustr. 15 u. Bänderplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Bäckerei u. Konditorei
Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Zeitungsverkäufer
werden gesucht, die gewillt sind, bei täglich 8 stündiger Beschäftigung unsere illustrierte Wahlzeitung zu verkaufen. Besonders erfolgreiche Verkäufer werden nach der Wahl weiter beschäftigt. Zulchriften sind zu richten an
Artur Müller, Breslau 2
Lehmgrubenstr. 37 part. links.

Bringe meine
prima Fleisch- und Wurstwaren
in empfehlenswerte Beachtung
Glogers Kretscham-Fleischerei
Denzig O/L

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Ereignis vom 8. 9. bis 14. 9. 1930
Freitag, 19 Uhr
Festvorstellung anlässlich Tagung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt
Lebensgrün
Sonnabend, 19.30 Uhr
Saris Scharab
Sonntag, 15 Uhr
Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Das Dorf ohne Miede
Sonntag, 20.15 Uhr
Der letzte Krieg

Partei-genossen!
Beachtet Inserenten!
be allen Einfä: immer nur unser

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stober
Hermannstraße 2
Ernst Greulich
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Graben 11, Kätzeohie 10